

Leitfaden für die Auftragsvergabe von durch die EIB mitfinanzierten Projekten



Europäische
Investitionsbank

Leitfaden für die Auftragsvergabe von durch die EIB mitfinanzierten Projekten

Leitfaden für die Auftragsvergabe von durch die EIB mitfinanzierten Projekten

© Europäische Investitionsbank, 2024.

Alle Rechte vorbehalten.

Fragen zu Rechten und Lizenzen sind zu richten an publications@eib.org.

Europäische Investitionsbank
98 -100, boulevard Konrad Adenauer
L-2950 Luxembourg

Weitere Informationen über die EIB und ihre Tätigkeit finden Sie auf unserer Website www.eib.org.
Sie können sich auch an info@eib.org wenden. Abonnieren Sie unseren Newsletter unter www.eib.org/sign-up.

Veröffentlicht von der Europäischen Investitionsbank.

Gedruckt auf FSC®-Papier.

Inhalt

Einführung.....	1
1 Allgemeines	2
1.1 Die Politik der Bank.....	2
1.2 Für Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge infrage kommende Auftragnehmer.....	2
1.3 Die jeweilige Rolle der Bank und der Projektträger	3
1.4 Ethischer Verhaltenskodex.....	3
1.5 Interessenkonflikte	4
1.6 Transparenz der Aktivitäten der Bank	4
1.7 Umwelt- und Sozialleitlinien	4
1.8 Beschwerden über die Auftragsvergabe	5
1.8.1 Beschwerden über Handlungen des Projektträgers	5
1.8.2 Beschwerden über Handlungen der Bank	5
2 Operationen in der Europäischen Union	5
2.1 Operationen, auf die die EU-Richtlinien anwendbar sind	5
2.2 Operationen, auf die die EU-Richtlinien nicht anwendbar sind.....	6
3 Operationen außerhalb der Europäischen Union	8
3.1 Allgemeines.....	8
3.2 Für Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in Betracht kommende Auftragnehmer	8
3.2.1 Finanzierungen aus eigenen Mitteln der Bank	8
3.2.2 Finanzierungen aus Mitteln Dritter.....	8
3.2.3 Kofinanzierungen aus eigenen Mitteln der Bank.....	8
3.3 Beschreibung der Auftragsvergabeverfahren.....	9
3.3.1 Allgemeines	9
3.3.2 Internationale Auftragsvergabeverfahren	9
3.3.3 Nationale Auftragsvergabeverfahren	10
3.4 Auswahl der Auftragsvergabeverfahren	10
3.4.1 Operationen im öffentlichen Sektor	10
3.4.2 Operationen im privaten Sektor	13
3.4.3 Operationen im Rahmen von Konzessionen.....	13
3.4.4 Besondere Operationen.....	14
3.4.5 Gemeinsame Kofinanzierungen.....	15
3.5 Überprüfung der Auftragsvergabeentscheidungen durch die Bank	16
3.5.1 Operationen im öffentlichen Sektor	16
3.5.2 Operationen im privaten Sektor	17
3.5.3 Operationen im Rahmen von Konzessionen.....	17
3.6 Rechtswidrige Verhaltensweisen und Handlungen – Integritätserklärung	17
3.7 Internationale Auftragsvergabeverfahren	19
3.7.1 Allgemeines	19
3.7.2 Veröffentlichung der Ausschreibungsbekanntmachung.....	19
3.7.3 Präqualifikation im nicht offenen Verfahren	20
3.7.4 Ausschreibungsunterlagen	20
3.7.5 Sprache	21
3.7.6 Technische Spezifikationen.....	21
3.7.7 Angebotspreise für Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen.....	21
3.7.8 Währung	21

3.7.9	Bevorzugung inländischer Güter.....	22
3.7.10	Kriterien für die Angebotsbewertung.....	22
3.7.11	Öffnung der Angebote.....	22
3.7.12	Bewertung der Angebote.....	23
3.7.13	Zuschlagserteilung und Vertragsunterzeichnung	23
3.7.14	Vergabebekanntmachung.....	23
3.8	Umwelt- und Sozialerklärung	23
4	Von der Bank mitfinanzierte Beratungsleistungen	24
4.1	Projekte mit Standort innerhalb der Europäischen Union	24
4.2	Projekte mit Standort außerhalb der Europäischen Union	24
4.2.1	Beschreibung der Auftragsvergabeverfahren	24
4.2.2	Auswahl der Auftragsvergabeverfahren	24
4.2.3	Bewertung der Vorschläge von Beratern.....	25
4.2.4	Auftragsabwicklung	26
Anlage 1	27
	Begriffe und Praxis im Bereich Auftragsvergabe	27
	Internationale Vergabeverfahren.....	27
	Nationale Vergabeverfahren.....	28
	Spezifische Methoden im Rahmen des offenen und nicht offenen Verfahrens.....	28
Anlage 2	30
	Überprüfung der Auftragsvergabeentscheidungen durch die Bank	30
	bei Operationen im öffentlichen Sektor mit Standort außerhalb der Europäischen Union.....	30
	Internationale Auftragsvergabeverfahren	30
	Andere Auftragsvergabeverfahren.....	31
Anlage 3	32
	Vorlage für die Integritätserklärung	32
Anlage 4	35
	Berechtigung zur Teilnahme an der Auftragsvergabe bei aus Mitteln Dritter finanzierten Operationen...35	
Anlage 5	36
	Definition der Operationen im öffentlichen Sektor außerhalb der Europäischen Union	36
Anlage 6	39
	Vorlage für die Umwelt- und Sozialerklärung	39
Anlage 7	42
	Verfahren für Beschwerden über die Auftragsvergabe	42

Einführung

Der vorliegende Leitfaden für die Auftragsvergabe soll Projektträger über die Regelungen für die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen informieren, wenn diese Aufträge vollständig oder teilweise von der Europäischen Investitionsbank (die „Bank“ oder die „EIB“) finanziert werden oder mit Darlehen, für die die Bank eine Garantie stellt.

Der Leitfaden gilt in erster Linie für Projektkomponenten, die von der Bank finanziert werden sollen. Um die Machbarkeit des Gesamtprojekts zu gewährleisten, verlangt die Bank jedoch, dass auch bei der Auftragsvergabe für die anderen Projektbestandteile darauf geachtet wird, dass die technische, wirtschaftliche und finanzielle Tragfähigkeit des Projekts gewahrt bleibt.

Die Begriffe „offenes Verfahren“, „nicht offenes Verfahren“, „Verhandlungsverfahren“ und „wettbewerblicher Dialog“ werden in diesem Leitfaden im Sinne der Auftragsvergaberichtlinien der Europäischen Union verwendet (vgl. diesbezügliche Definitionen in Anlage 1).

Dieser Leitfaden wird bei Bedarf von der Bank aktualisiert.

Fassung vom März 2024

1 Allgemeines

1.1 Die Politik der Bank

Die Auftragsvergabepolitik der Bank orientiert sich an folgenden Grundsätzen:

- Die Bank sorgt für die wirtschaftlich zweckmäßigste Verwendung ihrer Mittel. Dazu ist bei der Auftragsvergabe darauf zu achten, dass die von der EIB mitzufinanzierenden Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen von angemessener Qualität sind, zu wirtschaftlichen Preisen beschafft und fristgerecht erbracht werden. Generell lässt sich dieses Ziel am besten durch offene internationale Ausschreibungen erreichen. Diese Vorgehensweise steht in Einklang mit der Satzung der Bank und liegt im Interesse der Projektträger.
- Bei Projekten, die ihren Standort in der Europäischen Union (EU) bzw. in Kandidatenländern (mit denen die Verhandlungen für den EU-Beitritt bereits begonnen haben) oder in potenziellen Kandidatenländern haben, in denen das diesbezügliche EU-Recht bereits umgesetzt ist, verlangt die Bank, dass die geltenden EU-Rechtsvorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe und vor allem die geltenden EU-Richtlinien für die Vergabe von Aufträgen unter fairen und nicht diskriminierenden Wettbewerbsbedingungen eingehalten werden. Das gilt vor allem für **offene und nicht offene Verfahren** mit Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union (EU-Amtsblatt).
- In allen anderen Ländern außerhalb der EU verlangt die Bank, dass die Hauptmechanismen der EU-Auftragsvergaberichtlinien mit den erforderlichen Verfahrensanpassungen eingehalten werden. Zusammenfassend geht es dabei um die offene internationale Ausschreibung, die Nichtdiskriminierung von Bietern, Fairness und Transparenz beim Vergabeverfahren und die Auswahl des wirtschaftlich günstigsten Angebots. Daher bevorzugt die EIB ein **offenes oder nicht offenes Verfahren** mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website. Bei der Wahl des Vergabeverfahrens sind letztlich eine ganze Reihe von Überlegungen zu berücksichtigen, die sich vor allem auf die Geschäftsaktivitäten und die Interessen des Projektträgers, den jeweiligen Sektor, die Art der zu vergebenden Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge, die zu verwendende Technik, die Größe der einzelnen Komponenten, den Zeitplan für die Durchführung, die Zahl der Firmen, die in der Lage wären, die Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen zu erbringen und den Wettbewerb am Markt beziehen. Falls kein offenes oder nicht offenes Verfahren durchgeführt wird, muss der Projektträger seine Entscheidung für ein anderes Verfahren in einer für die Bank zufriedenstellenden Weise begründen. Außerdem muss er nachweisen, dass die erzielten Preise für die Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge marktüblichen Preisen für vergleichbare Leistungen entsprechen und dass sich eventuelle Kostenunterschiede zumindest durch besondere und nachprüfbar Aspekte rechtfertigen lassen.

1.2 Für Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge infrage kommende Auftragnehmer

Für Projekte, die die EIB (innerhalb und außerhalb der EU) aus „eigenen Mitteln“ (d. h. Mitteln, die sie in erster Linie über Anleihen auf den Kapitalmärkten aufnimmt) finanziert, können Unternehmen aus der ganzen Welt Angebote für Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge abgeben.

In einigen spezifischen Fällen werden die Finanzierungsmittel für Projekte außerhalb der EU von Dritten bereitgestellt. In diesem Fall können hinsichtlich der Herkunft der Unternehmen, die zur Teilnahme an der Auftragsvergabe berechtigt sind, Beschränkungen bestehen. Diese Beschränkungen sind in Abschnitt 3.2 näher beschrieben.

Die EIB vergibt weder direkt noch indirekt Mittel an oder zugunsten von natürlichen Personen oder Einrichtungen, gegen die von der EU finanzielle Sanktionen verhängt wurden,¹ und sie stellt für diese natürlichen Personen oder Einrichtungen auch nicht anderweitig Mittel bereit (die Sanktionen der EU können entweder

¹ Gemäß Titel V Kapitel 2 des Vertrags über die Europäische Union und den Zielen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gemäß Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

eigenständig oder im Anschluss an vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf der Grundlage von Artikel 41 der UN-Charta beschlossene Sanktionen verhängt worden sein).

Darüber hinaus können Einzelpersonen oder Unternehmen aufgrund der in Abschnitt 1.4 aufgeführten Bestimmungen zum ethischen Verhaltenskodex von der Teilnahme an der Auftragsvergabe ausgeschlossen werden.

1.3 Die jeweilige Rolle der Bank und der Projektträger

Die Projektträger tragen die alleinige Verantwortung für die Durchführung der von der Bank mitfinanzierten Projekte und insbesondere für alle Aspekte des Auftragsvergabeprozesses – von der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen über die Zuschlagserteilung bis hin zur Auftragsdurchführung. Die Bank überprüft in diesem Zusammenhang lediglich, ob die für ihren Finanzierungsbeitrag geltenden Bedingungen eingehalten werden.

Die Bank kann die Projektträger bei der Auftragsvergabe beraten und unterstützen, ist jedoch nicht als Vertragspartner an der Auftragsvergabe beteiligt. Die Bank hat das Recht und die Pflicht, darauf zu achten, dass bei Projekten innerhalb der EU die diesbezüglichen EU-Bestimmungen bzw. bei Projekten außerhalb der EU die jeweiligen Kriterien für eine ordnungsgemäße Verwendung ihrer Finanzierungsmittel eingehalten werden, dass die Auftragsvergabe fair und transparent erfolgt und dass das wirtschaftlich günstigste Angebot den Zuschlag erhält. Die Rechte und Pflichten der Projektträger gegenüber den Bietern für Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträge sind durch die in dem jeweiligen Land geltenden Rechtsvorschriften sowie durch die vom Projektträger erstellten Ausschreibungsunterlagen und nicht durch den vorliegenden Leitfaden geregelt.

1.4 Ethischer Verhaltenskodex

Die Bank verlangt, dass die Projektträger sowie die Bieter, Bauunternehmen, Lieferanten, Dienstleistungserbringer und Berater bei der Vergabe und Ausführung von Aufträgen, die von der Bank mitfinanziert werden, auf die Einhaltung der höchsten ethischen Prinzipien achten. Die Bank behält sich das Recht vor, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese Politik durchzusetzen.

Darüber hinaus verpflichtet sich die Bank sicherzustellen, dass ihre Darlehen für den vorgesehenen Zweck verwendet werden und dass ihre Operationen nicht für rechtswidrige Verhaltensweisen und Handlungen missbraucht werden (dazu zählen Betrug, Korruption, heimliche Absprachen, Nötigung, Behinderung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung).²

Wenn angemessen nachgewiesen ist,³ dass eine am Projekt beteiligte Partei⁴ im Laufe der Auftragsvergabe oder der Durchführung des finanzierten (zu finanzierenden) Auftrags an rechtswidrigen Verhaltensweisen und Handlungen beteiligt war, kann die Bank in Einklang mit ihren Betrugsbekämpfungsleitlinien:

- geeignete Maßnahmen ergreifen, die den rechtswidrigen Verhaltensweisen und Handlungen in dem für die Bank zufriedenstellenden Maße entgegenwirken,
- die betreffende Partei vom Auftragsvergabeverfahren für das jeweilige Projekt ausschließen und/oder
- ihre Zustimmung zur Auftragsvergabe⁵ verweigern und von entsprechenden vertraglichen Rechtsbehelfen Gebrauch machen, unter anderem von der Option auf Aussetzung und Kündigung, sofern die rechtswidrigen Verhaltensweisen und Handlungen nicht zur Zufriedenheit der Bank unterbunden werden.

Des Weiteren kann die Bank die am Projekt beteiligte Partei im Rahmen ihrer Ausschlussleitlinien von der Auftragsvergabe für von der EIB mitfinanzierte Projekte bzw. von jeglichen geschäftlichen Beziehungen mit der Bank ausschließen.

² Definitionen vgl. die Betrugsbekämpfungsleitlinien der EIB (<http://www.eib.org/de/infocentre/publications/all/anti-fraud-policy.htm>).

³ In Einklang mit den Untersuchungsverfahren der EIB.

⁴ Vgl. Betrugsbekämpfungsleitlinien der EIB.

⁵ Bei Verträgen im Rahmen von Operationen außerhalb der EU, die vorher überprüft werden.

1.5 Interessenkonflikte

Ein Interessenkonflikt besteht, wenn die unparteiische und objektive Wahrnehmung der Aufgaben des Projektträgers oder die Einhaltung der Grundsätze des Wettbewerbs, der Nichtdiskriminierung bzw. Gleichbehandlung bei der Auftragsvergabe oder -ausführung beeinträchtigt wird, sei es aus familiären oder gefühlsmäßigen Gründen, aus Gründen der politischen Übereinstimmung oder der nationalen Zugehörigkeit, des wirtschaftlichen Interesses oder aus anderen Gründen, die auf einer Gemeinsamkeit von Interessen beruhen. Der Begriff „Interessenkonflikt“ deckt alle Situationen ab, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projektträgers (oder in dessen Auftrag handelnde Berater), die am Vergabeverfahren beteiligt sind oder dessen Ausgang beeinflussen können, direkt oder indirekt ein finanzielles, wirtschaftliches oder sonstiges persönliches Interesse haben, das als Beeinträchtigung ihrer Unparteilichkeit und Unabhängigkeit im Rahmen des Vergabeverfahrens oder der Auftragsausführung wahrgenommen werden könnte.

Projektträger müssen geeignete Maßnahmen zur wirksamen Verhinderung, Aufdeckung und Behebung von Interessenkonflikten ergreifen, die sich bei der Durchführung von Vergabeverfahren oder der Auftragsausführung ergeben, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und um eine unparteiische und objektive Ausführung der Aufgaben des Projektträgers sowie eine Gleichbehandlung aller Bieter und Auftragnehmer zu gewährleisten.

Die Beurteilung, ob ein Interessenkonflikt besteht oder nicht, ist von Fall zu Fall durchzuführen, wobei das tatsächliche Risiko eines Konflikts anhand der jeweiligen konkreten Umstände zu berücksichtigen ist. Die betreffende Person bzw. die betreffende Einrichtung sollte erklären, ob für sie ein Interessenkonflikt besteht und gegebenenfalls Beweise vorlegen, die Abhilfe schaffen oder den Interessenkonflikt ausräumen.

Lässt sich ein Interessenkonflikt durch weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigen, verlangt die Bank vom Projektträger, die von einem Interessenkonflikt betroffenen Bieter oder Auftragnehmer von der Teilnahme an EIB-finanzierten Vergabeverfahren oder Aufträgen auszuschließen.

1.6 Transparenz der Aktivitäten der Bank

Die Bank verpflichtet sich zu einem Höchstmaß an Transparenz. In den Transparenzleitlinien⁶ der EIB, die zu ihren Corporate-Responsibility-Grundsätzen gehören, ist festgelegt, wann und wie sie der Öffentlichkeit Zugang zu Informationen gewährt. Neben der darin verankerten generellen Anerkennung des Informationsanspruchs der Öffentlichkeit ist die Bank nach den einschlägigen Rechtsvorschriften und Normen auch zur Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichtet.

1.7 Umwelt- und Sozialleitlinien

Die Bank bemüht sich um einen zusätzlichen Nutzen, indem sie versucht, die ökologische und soziale Nachhaltigkeit sämtlicher von ihr mitfinanzierter Projekte zu verbessern. Folglich müssen alle Projekte die ökologischen und sozialen Anforderungen der EIB erfüllen. Der jeweilige Projektträger ist für die Vorbereitung, Durchführung und den Betrieb des von der Bank mitfinanzierten Projekts zuständig, und ihm obliegt die Erfüllung der ökologischen und sozialen Anforderungen der Bank.

Projektträger werden bestärkt, bei der Vergabe die wichtigsten Grundregeln einzuhalten, die in diesem Leitfaden festgelegt sind, und zum Umweltschutz, dem Wohlergehen der Menschen, den Menschenrechten, der Geschlechtergleichstellung, der Bekämpfung des Klimawandels und der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Bieter und (Nach-)Auftragnehmer müssen das geltende Arbeitsrecht sowie die nationalen und internationalen Standards für Gesundheit und Sicherheit einhalten, darunter die Vorschriften, die in einschlägigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und in internationalen Umweltschutzstandards und -abkommen enthalten sind. Die Umwelt- und Sozialleitlinien der Bank sind auf ihrer Website⁷ abrufbar.

⁶ <http://www.eib.org/de/infocentre/publications/all/eib-group-transparency-policy.htm>.

⁷ <https://www.eib.org/publications/eib-environmental-and-social-standards>.

1.8 Beschwerden über die Auftragsvergabe

Beschwerden über die Auftragsvergabe können sich (i) gegen Handlungen eines Projektträgers oder (ii) gegen Handlungen der Bank richten.

1.8.1 Beschwerden über Handlungen des Projektträgers

Die Bank verlangt, dass Projektträger an sie gerichtete Beschwerden, die sich auf Vergabeverfahren für EIB-finanzierte Aufträge beziehen und von natürlichen Personen oder Einrichtungen stammen, die ein Interesse an einem Auftrag haben oder hatten, prüfen, entsprechend bearbeiten und in angemessener Zeit antworten.

Außerdem verlangt die EIB generell, dass jedem, der ein Interesse an einem bestimmten Auftrag hat oder hatte und dem durch einen mutmaßlichen Verstoß gegen geltende Auftragsvergaberegeln ein Schaden entstanden ist beziehungsweise zu entstehen droht, für die Bank akzeptable Nachprüfungsverfahren als Rechtsmittel zur Verfügung stehen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stehen diese Nachprüfungsverfahren normalerweise über die zuständigen nationalen Rechtsbehelfsmechanismen⁸ zur Verfügung.

1.8.2 Beschwerden über Handlungen der Bank

Jeder kann bei der EIB Beschwerde über einen Missstand bei der Tätigkeit im Rahmen der Prüfung der Auftragsvergabe durch die Bank einlegen. Der EIB-Ausschuss für Auftragsvergabebeschwerden prüft die Position der Bank zu eingegangenen Beschwerden über die Auftragsvergabe für Bauarbeiten, Lieferungen und Beratungsleistungen bei Projekten, die die Bank finanziert.

Sollte das Ergebnis der Bank oder die Antwort den Beschwerdeführenden nicht zufriedenstellen, kann er seine Beschwerde über mutmaßliche Missstände bei der Tätigkeit der Bank an den Europäischen Bürgerbeauftragten richten.

Anlage 7 dieses Leitfadens enthält Einzelheiten zum Verfahren, das Bieter bei Beschwerden über die Auftragsvergabe befolgen müssen.

2 Operationen in der Europäischen Union

2.1 Operationen, auf die die EU-Richtlinien anwendbar sind

Innerhalb der EU ist die Auftragsvergabe durch die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften abgedeckt, die EU-Recht und insbesondere die EU-Auftragsvergaberichtlinien in ihrer von Zeit zu Zeit geänderten Fassung umsetzen.⁹ Diese Vorschriften bilden den rechtlichen Rahmen für die Auftragsvergabe in den EU-Mitgliedstaaten. Die jeweils zuständigen nationalen und EU-Behörden haben sicherzustellen, dass die Auftragsvergabe unter Einhaltung dieses rechtlichen Rahmens erfolgt.

⁸ Diese Verfahren sind von der in diesem Leitfaden beschriebenen Prüfung zu unterscheiden, die die Bank selbst für Vergabeentscheidungen bei Projekten außerhalb der EU durchführt.

⁹ In bestimmten autonomen Regionen von EU-Mitgliedstaaten können auch regionale Auftragsvergabevorschriften gelten.

Bei öffentlichen Einrichtungen oder privaten Unternehmen, die als Projektträger unter die EU-Auftragsvergaberichtlinien¹⁰ fallen, wird die Bank:

- bereits bei der Projektprüfung vom Projektträger verlangen sicherzustellen, dass im Zusammenhang mit dem Projekt die anwendbaren Richtlinien für die Vergabe von Aufträgen unter fairen und nicht diskriminierenden Wettbewerbsbedingungen eingehalten werden; dabei ist die gegebenenfalls erforderliche Veröffentlichung einer Ausschreibungsbekanntmachung im EU-Amtsblatt ein wichtiger Schritt; und
- während der Projektdurchführung gegebenenfalls weitere Schritte veranlassen, um die Einhaltung der zutreffenden Auftragsvergaberichtlinien und dadurch die wirtschaftlich zweckmäßigste Verwendung der Mittel der Bank zu gewährleisten, die Solidität des Projekts zu sichern und die jeweiligen Risiken zu verringern.

Wenn die Bank Operationen mitfinanziert, die zahlreiche Vorhaben umfassen, über die zum Zeitpunkt der Projektprüfung noch keine näheren Angaben vorliegen (bei **Rahmendarlehen**), verlangt sie vom Projektträger sicherzustellen, dass die Vergabe der Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge für die einzelnen Vorhaben, die von der Bank mitfinanziert werden, in Einklang mit den anwendbaren Rechtsvorschriften erfolgt.

Wenn die Bank Darlehen über zwischengeschaltete Finanzinstitute/Fondsmanager (**Durchleitungsdarlehen für mehrere Empfänger oder Fonds**) bereitstellt, verlangt sie von den zwischengeschalteten Instituten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Endbegünstigten bei der Vergabe der Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge für die einzelnen EIB-finanzierten Vorhaben die anwendbaren Rechtsvorschriften einhalten.

Wenn die Bank eine Garantie für Teile eines bestehenden Portfolios eines zwischengeschalteten Instituts stellt, damit das Institut ein neues förderfähiges Portfolio originieren kann, oder eine direkte Garantie für ein neues Portfolio eines zwischengeschalteten Instituts, dann verlangt sie vom zwischengeschalteten Institut, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Vergabeverfahren der Endbegünstigten im Rahmen des EIB-finanzierten Projekts die geltenden einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zur Umsetzung des EU-Rechts einhalten.

Wenn die Bank ein Projekt finanziert, das im Rahmen einer Konzession oder einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP) durchgeführt wird, verlangt sie, dass der jeweilige öffentliche Auftraggeber bei der Vergabe des Konzessions- bzw. PPP-Vertrags die anwendbaren Rechtsvorschriften einhält.¹¹

2.2 Operationen, auf die die EU-Richtlinien nicht anwendbar sind

Bei all ihren Operationen ist die Bank um eine wirtschaftlich sinnvolle Verwendung ihrer Mittel bemüht und trägt dafür Sorge, dass Wirtschaftlichkeits- und Effizienzkriterien stets eingehalten werden.

Bei öffentlichen Aufträgen, die nicht unter die EU-Richtlinien fallen (z. B. öffentliche Aufträge mit einem Auftragswert, der unter dem in den Richtlinien angegebenen Schwellenwert liegt), verlangt die Bank vom Projektträger sicherzustellen, dass die Auftragsvergabe in Einklang mit den einschlägigen Grundsätzen des Vertrags über die Europäische Union (EU-Vertrag) (in erster Linie die Grundsätze der Transparenz, der

¹⁰ Dazu gehören insbesondere die Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe, die Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste, die Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe, die Richtlinie 2007/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 zur Änderung der Richtlinien 89/665/EWG und 92/13/EWG des Rates im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit der Nachprüfungsverfahren bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge und die Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG. Eine vollständige Liste der EU-Rechtsinstrumente im Bereich Auftragsvergabe ist im Internet abrufbar unter: https://ec.europa.eu/growth/single-market/public-procurement/rules-implementation_en.

¹¹ Weitere Informationen sind in erster Linie der Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe, der Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen im Bereich Konzessionen (2000/C 121/02, EU-Amtsblatt C 121 vom 29. April 2000) und der Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf die Anwendung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen auf institutionalisierte Öffentlich-Private Partnerschaften (iÖPP) (2008/C 91/02, EU-Amtsblatt C 91 vom 12. April 2008) zu entnehmen.

Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung aus Gründen der Staatszugehörigkeit) und den anwendbaren nationalen Rechtsvorschriften erfolgt.¹²

Bei der Vergabe von Aufträgen, die nicht im öffentlichen Sektor angesiedelt sind, können die (meist privaten) Projektträger, die in Bereichen tätig sind, in denen die EU-Richtlinien keine Anwendung finden, auch den Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Effizienz genügen, wenn sie auf andere als offene oder nicht offene Verfahren zurückgreifen.

Die Bank wird sich in jedem Fall vergewissern, dass die Projektträger geeignete Verfahren für die Auftragsvergabe anwenden, die eine angemessene Auswahl der Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen und unter dem Gesichtspunkt fristgerechter Umsetzung gewährleisten. Die von den Projektträgern vergebenen Aufträge müssen unparteiisch ausgehandelt werden und im besten Interesse des Projekts stehen.

¹² Weitere Informationen sind der [Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht, das für die Vergabe öffentlicher Aufträge gilt, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberichtlinien fallen](#) (2006/C 179/02, EU-Amtsblatt C 179 vom 1. August 2006), zu entnehmen.

3 Operationen außerhalb der Europäischen Union

3.1 Allgemeines

In den zwischen der Europäischen Union und Ländern außerhalb der EU geschlossenen Kooperationsabkommen und Finanzprotokollen sind die Voraussetzungen festgelegt, unter denen die Bank entweder mit Darlehen aus eigenen Mitteln (die die Bank in erster Linie über Anleihen auf den Kapitalmärkten aufnimmt) oder aus Mitteln Dritter, die von der Bank für die Europäische Kommission oder die Mitgliedstaaten verwaltet werden, Finanzierungsoperationen durchführen kann. In allen Fällen verlangt die Bank, dass die in Abschnitt 1.1 beschriebenen Hauptmechanismen der EU-Auftragsvergaberichtlinien mit den erforderlichen Verfahrens Anpassungen eingehalten werden.

Die Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländer setzen nach und nach die EU-Richtlinien in nationales Recht um. In dem vorliegenden Leitfaden fallen sie unter dieses Kapitel – Operationen außerhalb der Europäischen Union – bis zu dem Termin, ab dem sie gemäß den Verhandlungen mit der EU die EU-Auftragsvergaberichtlinien anwenden müssen, insofern sie zu diesem Zeitpunkt diese Richtlinien in nationales Recht umgesetzt haben. Ab dann fallen sie unter Kapitel 2 – Operationen in der Europäischen Union.

3.2 Für Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in Betracht kommende Auftragnehmer

3.2.1 Finanzierungen aus eigenen Mitteln der Bank

Bei Finanzierungen aus eigenen Mitteln der Bank (mit oder ohne Zinsvergütung) können Staatsangehörige sämtlicher Länder an den Ausschreibungsverfahren teilnehmen. Im Fall gemeinsamer Kofinanzierungen kann es allerdings gewisse Beschränkungen geben (vgl. Abschnitt 3.2.3).

3.2.2 Finanzierungen aus Mitteln Dritter

Ausschreibungen für Aufträge, die aus Mitteln der Investitionsfazilität finanziert werden, die durch das Abkommen von Cotonou (das am 23. Juni 2000 in Cotonou, Benin, unterzeichnete AKP-EU-Partnerschaftsabkommen) geschaffen wurde, stehen den Staatsangehörigen sämtlicher Länder offen.

Bei der Vergabe von Aufträgen, die aus Mitteln Dritter (oder über eine Kombination aus eigenen Mitteln der Bank und Mitteln Dritter) finanziert werden, hängt es von den Vorschriften des betreffenden Finanzierungsinstrumentes ab, welche Bieter, Lieferanten und Dienstleistungsanbieter zur Teilnahme am Vergabeverfahren zugelassen sind. Diese Vorschriften sind in Anlage 4 zusammengefasst.

3.2.3 Kofinanzierungen aus eigenen Mitteln der Bank

Die Bank kann Projekte mit anderen Finanzinstrumenten und -institutionen kofinanzieren, insbesondere mit einigen Instrumenten der Europäischen Kommission, der Weltbankgruppe (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Internationale Entwicklungsorganisation und International Finance Corporation), mit regionalen Entwicklungsbanken wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank sowie mit bilateralen Entwicklungshilfeeinrichtungen der EU-Mitgliedstaaten und verschiedenen Banken anderer Länder.

Kofinanzierungen dieser Art können gemeinsam oder parallel durchgeführt werden:

- Bei einer **gemeinsamen Kofinanzierung** vereinbaren zwei verschiedene Finanziers, die möglicherweise unterschiedliche Kriterien bezüglich der Herkunft von Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen anwenden, denselben Auftrag zu finanzieren. In diesem Fall macht die Bank ihre Beteiligung davon abhängig, dass der Finanzierungspartner den Teilnehmerkreis für die Auftragsvergabe so weit wie möglich ausweitet,

mindestens für Bauunternehmen, Lieferanten und Dienstleistungserbringer aus der EU und dem begünstigten Land. Bei Kofinanzierungen in Verbindung mit Finanzierungsinstrumenten aus EU-Haushaltsmitteln gelten in der Regel dieselben Teilnahmebedingungen wie für das EU-Instrument.

- Bei einer **parallelen Kofinanzierung** werden die einzelnen Projektbestandteile oder Aufträge jeweils nur von einem Finanzierungspartner finanziert. In diesem Fall wird bei diesen Projektbestandteilen oder Aufträgen jeweils das Verfahren des betreffenden Finanzierungspartners angewandt. Die Kriterien der Bank bezüglich der Herkunft von Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen finden somit nur auf die von der Bank finanzierten Projektbestandteile oder Aufträge Anwendung.

3.3 Beschreibung der Auftragsvergabeverfahren

3.3.1 Allgemeines

Die Auftragsvergabeverfahren für von der Bank außerhalb der EU mitfinanzierte Projekte stehen in Einklang mit den Bestimmungen der Satzung der Bank, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der bereits erwähnten Kooperationsabkommen und Finanzprotokolle sowie der diesbezüglichen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.

Diese Verfahren beruhen auf:

- dem Beitrag der Bank zu den Entwicklungszielen der EU und vor allem ihrer grundlegenden Aufgabe, durch ihre Operationen zur wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Länder beizutragen, was nicht nur eine sorgfältige Auswahl der Projekte, sondern im Durchführungsstadium auch den Zugang zu geeigneten und kostengünstigen Technologien erfordert;
- den Hauptmechanismen, Verfahren und Regeln, die in den jeweiligen EU-Richtlinien festgelegt und für die jeweiligen Operationen und Länder angemessen sind;
- der Pflicht der Bank, als Institution der Europäischen Union für langfristige Finanzierungen dafür Sorge zu tragen, dass die Anwendung der Bestimmungen bezüglich der Auftragsvergabe Unternehmen aus Mitgliedstaaten eine gerechte Möglichkeit bietet, sich an den Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen für die Durchführung der von der Bank mitfinanzierten Projektbestandteile zu beteiligen.

Die im Bereich Auftragsvergabe verwendeten Begriffe sind in Anlage 1 definiert.

3.3.2 Internationale Auftragsvergabeverfahren

Diese Verfahren beruhen auf den von Zeit zu Zeit geänderten EU-Auftragsvergaberichtlinien:

- Beim **offenen Verfahren** können alle interessierten Parteien (Bauunternehmen, Lieferanten oder Dienstleistungserbringer) ein Angebot abgeben. Dabei gelten strenge Anforderungen bezüglich der internationalen Bekanntmachung (mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website), klarer und umfassender Ausschreibungsunterlagen sowie einer fairen und transparenten Vorgehensweise bei der Ausschreibung, Bewertung und Zuschlagserteilung.

Die auf das offene Verfahren anwendbaren besonderen Bestimmungen, die der international anerkannten Praxis entsprechen, sind in Abschnitt 3.7 beschrieben.

- Beim **nicht offenen Verfahren** können nur die Bewerber ein Angebot abgeben, die vom Projektträger dazu aufgefordert werden. In der Ausschreibungsphase ähnelt dieses Verfahren dem offenen Verfahren (da auch hier klare und umfassende Ausschreibungsunterlagen sowie eine faire und transparente Vorgehensweise bei der Ausschreibung, Bewertung und Zuschlagserteilung erforderlich sind). Die Bewerberliste wird erstellt:
 - entweder durch ein formelles Präqualifikationsverfahren mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website oder
 - mithilfe eines Qualifizierungssystems der Bauunternehmen, Lieferanten und Dienstleistungserbringer, das per Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website eingerichtet und gepflegt wird und den Grundsätzen der Fairness, Transparenz und Nichtdiskriminierung folgt; die Liste darf nicht über einen längeren Zeitraum geschlossen bleiben, sondern ist regelmäßig zu überprüfen, um neuen Bewerbern die Möglichkeit zur Teilnahme am Qualifizierungssystem zu geben.

- Das Verfahren des **wettbewerblichen Dialogs** kann bei besonders komplexen Aufträgen angewandt werden, wenn der Projektträger objektiv nicht in der Lage ist, formelle Ausschreibungsunterlagen wie beim offenen oder nicht offenen Verfahren zu erstellen. Die Ausschreibungsbekanntmachung muss international veröffentlicht werden (unter anderem im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website). Der Projektträger tritt mit ausgewählten Bewerbern in einen Dialog, um die Mittel festzulegen, die sich zur Durchführung des Auftrags am besten eignen.
- Das **Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb** besteht aus einer ähnlichen Reihe von Schritten wie das Verfahren des wettbewerblichen Dialogs. Anders als beim Verfahren des wettbewerblichen Dialogs werden allerdings Mindestspezifikationen und -anforderungen festgelegt, und der Projektträger verhandelt mit den qualifizierten Bietern über ihre Erstangebote und alle Folgeangebote mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern; hiervon ausgenommen sind lediglich die endgültigen Angebote, die anhand der ursprünglichen Mindestanforderungen beurteilt werden.
- Beim **Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung** hat der Projektträger die Möglichkeit, sich mit Bewerbern seiner Wahl in Verbindung zu setzen und mit einem oder mehreren Interessenten über die Auftragsbedingungen zu verhandeln. Die Auswahl der Bewerber erfolgt direkt durch den Projektträger, der nach Möglichkeit mindestens drei qualifizierte Bewerber aus mindestens zwei verschiedenen Ländern zur Verhandlung auffordert.

3.3.3 Nationale Auftragsvergabeverfahren

Für kleine Aufträge und besondere Arbeiten, die bei einer Vergabe in der EU nicht in den Anwendungsbereich der EU-Auftragsvergaberichtlinien fallen würden, können andere Verfahren angemessener sein:

- **Nationale Ausschreibungen** (die nur in der Presse des betreffenden Landes veröffentlicht werden) erfolgen entsprechend dem üblichen Verfahren des Landes des Projektträgers. Dabei sind die Ausschreibungsunterlagen normalerweise in der Amtssprache des Landes verfasst. In der Regel erfolgen die Angebotsabgabe und die Zahlungen in der Landeswährung, und die Angebotspreise schließen normalerweise sämtliche vor Ort anwendbaren Abgaben und Steuern ein.
- Bei der **Beschaffung durch Preisangebot** oder **Direktvergabe** kann der Projektträger Preise und andere Bedingungen mit mehreren Unternehmen, Lieferanten bzw. Dienstleistungserbringern des Landes oder nur einem von ihnen aushandeln.
- Bei **Arbeiten in eigener Regie** handelt es sich eigentlich nicht um ein Beschaffungsverfahren, da die Arbeiten in diesem Fall durch die Arbeitskräfte und mit Ausrüstung des Projektträgers ausgeführt werden. In manchen Fällen ist dies die einzige praktikable Möglichkeit für die Errichtung bestimmter Bauten bzw. Anlagen oder die Erbringung angemessener In-house-Dienstleistungen wie grundlegende Planungsarbeiten oder Forschung und Entwicklung.

3.4 Auswahl der Auftragsvergabeverfahren

3.4.1 Operationen im öffentlichen Sektor

Außerhalb der EU sind nach Auffassung der Bank unter Operationen im öffentlichen Sektor:

- alle zu verstehen, die von öffentlichen Stellen durchgeführt werden, und
- solche zu verstehen, die in den Bereichen Gas, Wärme, Strom, Wasser und Verkehr, Suche und Förderung von Erdöl, Erdgas, Kohle oder anderen festen Brennstoffen, Häfen und Flughäfen sowie Telekommunikation und Postdienste
 - von öffentlichen Unternehmen durchgeführt werden, die in nicht liberalisierten Märkten tätig sind, oder
 - von privaten Unternehmen durchgeführt werden, denen ohne wettbewerbliches Verfahren besondere oder ausschließliche Rechte eingeräumt wurden und die in nicht liberalisierten Märkten tätig sind.

Eine genaue Definition für Operationen im öffentlichen Sektor ist in Anlage 5 enthalten.

Alle anderen Vorhaben werden als Operationen im privaten Sektor betrachtet.

Um die Wirtschaftlichkeit, Effizienz, Nichtdiskriminierung und Transparenz bei der Auftragsvergabe zu gewährleisten, verlangt die Bank, dass die Vergabe von Aufträgen bei Operationen im öffentlichen Sektor in allen geeigneten Fällen im offenen oder nicht offenen Verfahren mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website erfolgt. Ausnahmen werden nur auf der Grundlage von besonderen Umständen genehmigt, die im Zusammenhang mit der Art des Vorhabens oder des Projektträgers, dem geschätzten Auftragswert oder anderen projektspezifischen Faktoren stehen. In allen Fällen muss das Verfahren durch die Projektträger voll gerechtfertigt und für die Bank akzeptabel sein sowie im besten Interesse des Projekts und in Einklang mit den in Abschnitt 3.3.1 dargelegten Grundsätzen stehen.

Vorgeschlagene Aufträge dürfen nicht in der Absicht aufgeteilt werden, sie der Anwendung dieses Leitfadens zu entziehen. Für die Bank nicht akzeptabel ist dabei vor allem die Aufteilung von Bauarbeiten in mehrere kleine Aufträge allein mit dem Ziel, inländische Bauunternehmen zu begünstigen, es sei denn, der Projektträger kann nachweisen, dass dies im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Projektdurchführung vorteilhafter wäre.

Die Bank verlangt daher von Projektträgern des öffentlichen Sektors, angemessene Verfahren für die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen (außer Beratungsleistungen, für die die Vergabeverfahren in Kapitel 4 beschrieben werden) anzuwenden. Die Verfahren und ihre Grundsätze werden nachstehend beschrieben.

- Das **offene Verfahren** mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website (und in der internationalen und nationalen Presse) ist die üblichste Form der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- Das **nicht offene Verfahren** mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website (und in der internationalen und nationalen Presse) wird für große und komplexe öffentliche Aufträge empfohlen, bei denen eine Präqualifikation der Bauunternehmer, Lieferanten oder Dienstleistungserbringer erforderlich ist. Für die Vergabe von Aufträgen, bei denen ein Austausch über technische Fragen zwischen dem Projektträger und dem Bieter sinnvoll ist, wird empfohlen, das in Anlage 1 beschriebene Zweistufenverfahren anzuwenden.
- Der **wettbewerbliche Dialog** mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website (und in der internationalen und nationalen Presse) kann bei besonders komplexen Aufträgen angewandt werden, wenn der Auftraggeber objektiv nicht in der Lage ist, die technischen Mittel anzugeben, mit denen seine Bedürfnisse und Ziele erfüllt werden können, oder nicht in der Lage ist, die rechtlichen oder finanziellen Konditionen eines Vorhabens anzugeben.
- Das **Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb** mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website (und in der internationalen und nationalen Presse) ist das geeignetste Verfahren, wenn Verhandlungen notwendig sind, um zu gewährleisten, dass die Bauarbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen angemessen auf den speziellen Bedarf des Projektträgers abgestimmt sind. Es kann genutzt werden, wenn:
 - es sich um Bauarbeiten oder Dienstleistungen handelt, die aufgrund ihrer Art oder wegen der damit verbundenen Risiken keine vorherige globale Preisgestaltung zulassen;
 - aufgrund der geistig-schöpferischen oder finanziellen Art der Dienstleistungen die Auswahlkriterien für offene bzw. nicht offene Verfahren oder den wettbewerblichen Dialog nicht angewandt werden können;
 - die Arbeiten lediglich für Forschungs-, Test- oder Entwicklungszwecke durchgeführt werden.
- Das **Verhandlungsverfahren**, bei dem die Bewerberliste direkt durch den Projektträger erstellt wird, darf in folgenden Ausnahmefällen verwendet werden:
 - wenn im Rahmen eines offenen oder nicht offenen Verfahrens keine (geeigneten¹³) Angebote/Bewerbungen eingereicht wurden (Voraussetzung: die ursprünglichen Auftragsbedingungen werden nicht grundlegend geändert);
 - wenn die Bauarbeiten, Lieferungen oder Dienstleistungen nur von einem bestimmten Unternehmen erbracht werden können, es keine vernünftige Alternative oder Ersatzlösung gibt und der mangelnde Wettbewerb nicht das Ergebnis einer künstlichen Einschränkung der Auftragsvergabeparameter ist und

¹³ Ein Angebot gilt als ungeeignet, wenn es irrelevant für den Auftrag ist und ohne wesentliche Abänderung dem in den Auftragsunterlagen genannten Bedarf und den dort genannten Anforderungen des Projektträgers offensichtlich nicht entsprechen kann.

- aus technischen Gründen kein Wettbewerb besteht oder
- ausschließliche Rechte, einschließlich Rechte des geistigen Eigentums, geschützt werden müssen;
- wenn es unbedingt erforderlich ist, weil dringliche, zwingende Gründe im Zusammenhang mit Ereignissen, die der Projektträger nicht voraussehen konnte, es nicht zulassen, die Fristen einzuhalten, die für wettbewerbliche Verfahren vorgeschrieben sind. Die angeführten Umstände zur Begründung der äußersten Dringlichkeit dürfen auf keinen Fall dem Projektträger zuzuschreiben sein oder
- wenn bei zusätzlichen Lieferungen des ursprünglichen Unternehmers, die entweder zur teilweisen Erneuerung von gelieferten Gütern oder Einrichtungen oder zur Erweiterung von Lieferungen oder bestehenden Einrichtungen bestimmt sind, ein Wechsel des Unternehmers technische Unvereinbarkeiten oder unverhältnismäßige technische Schwierigkeiten bei Gebrauch und Wartung mit sich bringen würde.
- Das **nationale Wettbewerbsverfahren** kann für Aufträge geeignet sein, die aufgrund ihrer Größe, ihrer Art oder ihres Umfangs für ausländische Bewerber kaum von Interesse sein dürften. Das ist der Fall, wenn:
 - der Auftragswert gering ist;
 - die Bauleistungen geographisch oder zeitlich auseinander liegen;
 - die Bauleistungen arbeitsintensiv sind oder
 - die Vorteile eines offenen oder nicht offenen Verfahrens durch den damit verbundenen verwaltungstechnischen oder finanziellen Aufwand eindeutig aufgehoben werden.
- Die **Beschaffung durch Preisangebot** ist geeignet für die Beschaffung von leicht erhältlichen Mitnahme- oder Standardartikeln von geringem Wert; nach Möglichkeit sollten Angebote von mindestens drei Lieferanten eingeholt werden.
- Die **Beschaffung durch Direktvergabe** kann gerechtfertigt sein, falls nur ein Unternehmen, Lieferant oder Dienstleistungserbringer einen Auftrag zufriedenstellend und zum günstigsten Preis ausführen kann.
- **Arbeiten in eigener Regie** können gerechtfertigt sein, wenn:
 - Dienstleistungen in Zusammenhang mit dem geistigen Eigentum des Projektträgers stehen;
 - der Umfang der auszuführenden Arbeiten nicht im Voraus definiert werden kann;
 - die Arbeiten einen geringen Umfang haben und weitverstreut bzw. an abgelegenen Orten durchzuführen sind;
 - die Arbeiten ausgeführt werden müssen, ohne dass der laufende Betrieb unterbrochen wird;
 - der Projektträger selbst in der Lage ist, die Arbeiten zu einem attraktiven Preis auszuführen (z. B. Verlegung von Eisenbahnschienen) oder
 - unvorhergesehene Ereignisse ein schnelles Handeln erforderlich machen.

Um für die Bank akzeptabel zu sein, müssen **nationale Vergabeverfahren** (nationale Ausschreibung und Beschaffung durch Preisangebot) Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Transparenz gewährleisten und weitgehend mit den Grundsätzen des vorliegenden Leitfadens in Einklang stehen. Falls in Betracht kommende ausländische Firmen an einem nationalen Vergabeverfahren teilnehmen wollen, muss ihnen das erlaubt sein. Außerdem verlangt die Bank, dass jeder Bieter oder Auftragnehmer eine Integritätserklärung unterzeichnet (vgl. Abschnitt 3.6 und Anlage 3).

Der Schwellenwert, bis zu dem **nationale Vergabeverfahren** angewandt werden können, schwankt je nach Art des Projekts, der Erfahrung des Projektträgers und den örtlichen Gegebenheiten. Dieser Schwellenwert wird für jede Art von Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen zwischen dem Projektträger und der Bank von Projekt zu Projekt festgelegt. Außer bei Beratungsdienstleistungen (vgl. Kapitel 4) sollte dieser Schwellenwert folgende Beträge nicht überschreiten: 5 Millionen Euro für Bauleistungen und 200 000 Euro für Lieferungen und Dienstleistungen, außer im Bereich Strom-, Gas-, Wasser- und Verkehrsversorgung, in dem der Schwellenwert 400 000 Euro beträgt, und im Telekommunikationssektor, in dem er bei 600 000 Euro liegt (die Schwellenwerte verstehen sich jeweils ohne Mehrwertsteuer oder vergleichbare direkte Abgaben).

3.4.2 Operationen im privaten Sektor

Projektträger, die im privaten Sektor tätig sind (außerhalb der in Anlage 5 definierten Tätigkeitsbereiche), erfüllen im Normalfall die Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Effizienz, wenn sie sich an die etablierte Geschäftspraxis halten. Die Bank verlangt daher nicht von ihnen, dass sie die oben genannten Verfahren für die öffentliche Auftragsvergabe einhalten. So erweisen sich zum Beispiel die weniger starren, kostengünstigeren und schnelleren Verhandlungsverfahren (die im Allgemeinen aus einer internationalen Angebotseinholung bei in die engere Auswahl gezogenen Lieferanten mit anschließenden Verhandlungen bestehen) oft als effizienter. Jedoch wird die Bank in allen Fällen, wo dies angemessen erscheint – und vor allem für umfangreiche Aufträge –, die Projektträger dazu auffordern, eine Ausschreibungsbekanntmachung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website zu veröffentlichen und ein offenes oder nicht offenes Verfahren durchzuführen. In solchen Fällen ist es unter Umständen erforderlich, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass während des Vergabeverfahrens die legitimen Vertraulichkeitsinteressen des Projektträgers und anderer gewerblicher Vertragspartner vollständig gewahrt bleiben.

Die Bank wird in jedem Fall dafür Sorge tragen, dass der Projektträger mit fairen und transparenten Beschaffungsmethoden sicherstellt, dass die ausgewählten Bauarbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen von angemessener Qualität sind und zu wettbewerbsfähigen Preisen und unter Einhaltung der Fristen beschafft werden. Das ausgewählte Angebot muss das wirtschaftlich günstigste sein. Die von den Projektträgern vergebenen Aufträge müssen unparteiisch ausgehandelt werden und im besten Interesse des Projekts stehen. In diesem Fall vergewissert sich die Bank, dass – soweit möglich und in Abhängigkeit vom Auftragsumfang – mindestens drei qualifizierte Unternehmen aus mindestens zwei verschiedenen Ländern um ein Angebot gebeten werden. Die Bank wird außerdem sicherstellen, dass kein Bieter aufgrund seiner Staatsangehörigkeit diskriminiert wird.

Wenn ein Unternehmen gleichzeitig Anteilseigner der Projektträgergesellschaft ist (oder wenn die Projektträgergesellschaft Anteilseigner eines Unternehmens ist bzw. die Projektträgergesellschaft und ein Unternehmen dieselben Anteilseigner haben) und der Projektträger diesem Unternehmen im Rahmen eines von der Bank mitfinanzierten Projekts einen Auftrag (als Auftragnehmer, Hersteller oder anderweitig) erteilt, wird sich die Bank davon überzeugen, dass die Auftragskosten mit den ursprünglich veranschlagten Kosten und den derzeitigen marktüblichen Preisen übereinstimmen und die Vertragsbedingungen fair und angemessen sind. Die Bank beteiligt sich nicht an der Finanzierung von Bauarbeiten, Lieferungen oder Dienstleistungen, deren Kosten ihrer Ansicht nach über dem üblichen Marktniveau liegen.

3.4.3 Operationen im Rahmen von Konzessionen

Wenn sich die Bank an der Finanzierung eines Projekts beteiligt, das nach dem BOT-Modell (Bau, Betrieb und Übertragung) oder auf der Grundlage einer vergleichbaren Konzession mit besonderen oder ausschließlichen Rechten oder einer anderen staatlichen Konzession – wie etwa ein anerkanntes Monopol – durchgeführt wird, geht die Bank folgendermaßen vor:

- Wurde der Konzessionsnehmer im Anschluss an ein formales und für die Bank akzeptables internationales Ausschreibungsverfahren (das aus mehreren Stufen bestehen kann, jedoch auf internationaler Ebene angemessen bekannt gegeben wurde) ausgewählt und trägt er im Rahmen seiner Konzession ausdrücklich die Verantwortung für die Erbringung der Bau- und Dienstleistungen, werden die von der Bank mitfinanzierten Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen als Operationen im privaten Sektor betrachtet und können nach den einschlägigen Bestimmungen des vorliegenden Leitfadens beschafft werden.
- Wurde der Konzessionsnehmer nicht im Rahmen eines internationalen Ausschreibungsverfahrens ausgewählt, aber die Bank erachtet den Konzessionsvertrag hinsichtlich Preis, Qualität und Risikoteilung als wirtschaftlich angemessen, dann überprüft sie, ob der Auswahlprozess zur Vergabe der Konzession transparent ist und in Einklang mit dem EU-Vertrag steht. Dazu müssen die folgenden drei Kriterien erfüllt sein:
 - (i) Es gab eine ausreichende internationale Publizität, die einen internationalen Wettbewerb ermöglicht hat.
 - (ii) Die Vergabe erfolgte fair und ohne Diskriminierung.
 - (iii) Der Vergabeprozess ist nachverfolgbar.

Sind diese Kriterien erfüllt, werden die von der Bank mitfinanzierten Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen ebenfalls als Operationen im privaten Sektor betrachtet und können nach den einschlägigen Bestimmungen dieses Leitfadens beschafft werden.

- Erachtet die Bank den Konzessionsvertrag hinsichtlich Preis, Qualität und Risikoteilung als wirtschaftlich angemessen, stellt jedoch bei der Prüfung fest, dass einige der oben genannten Kriterien nicht erfüllt sind, kann die Bank in Ausnahmefällen dennoch erwägen, das Projekt zu unterstützen, sofern sie der Ansicht ist, dass der „Zusatznutzen“¹⁴ des Projekts von größerer Bedeutung ist als die Abweichung von den Kriterien. In diesem Fall:
 - gilt für die Bereiche Gas, Wärme, Strom, Wasser und Verkehr, Suche und Förderung von Erdöl, Erdgas, Kohle oder anderen festen Brennstoffen, Häfen und Flughäfen sowie Telekommunikation und Postdienste: Wurden dem Konzessionsnehmer ohne wettbewerbliches Verfahren besondere und ausschließliche Rechte eingeräumt und ist er in einem nicht liberalisierten Markt tätig¹⁵, werden die von der Bank mitfinanzierten Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen als Operationen im öffentlichen Sektor betrachtet und müssen nach den einschlägigen Bestimmungen des vorliegenden Leitfadens beschafft werden.
 - In anderen Bereichen, vor allem wenn mehrere Konzessionsnehmer in einem liberalisierten Markt tätig sind, kann die Bank von Fall zu Fall und in Abhängigkeit von der Einhaltung der oben genannten Kriterien sowie unter Berücksichtigung der Kofinanzierungsvereinbarungen die Vergabeverfahren des privaten Sektors akzeptieren.

Wenn die Bank die Vergabeverfahren des privaten Sektors akzeptiert, legt sie dem Konzessionsnehmer nahe, für den Teil seines Investitionsprogramms, der außerhalb der eigenen Organisation erbracht werden soll, eine allgemeine Information im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website zu veröffentlichen.

Im Falle einer privaten Initiative im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft, auch „Initiativvorschlag“ genannt (ein privater Investor trägt die gesamten Kosten der Ausarbeitung eines Projekts, das dann durch den öffentlichen Projektträger international ausgeschrieben wird), kann es die Bank akzeptieren, dass diesem privaten Investor im Vergabeverfahren als Kompensation begrenzte Anreize zugutekommen, sofern diese Anreize die Transparenz, Fairness und Wettbewerbsfähigkeit des Vergabeprozesses nicht beeinträchtigen.

3.4.4 Besondere Operationen

- **Rahmendarlehen:** Wenn die Bank Operationen mitfinanziert, die zahlreiche Vorhaben umfassen, über die zum Zeitpunkt der Projektprüfung noch keine näheren Angaben vorliegen, verlangt sie vom Projektträger sicherzustellen, dass die Vergabe der Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge für die einzelnen Vorhaben, die von der Bank mitfinanziert werden, in Einklang mit den Bestimmungen dieses Leitfadens erfolgt. Bei Operationen im öffentlichen Sektor mit mehreren Vorhaben definiert und vereinbart die Bank zusammen mit dem Projektträger die Prüfung der Auftragsvergabe, hauptsächlich im Hinblick auf eine Prüfung der Auftragsvergabepläne und Überprüfungen im Vorfeld und ex-post durch die Bank. Die Grundlage hierfür bildet ihre Beurteilung der einzelnen Vorhaben und der technischen und organisatorischen Fähigkeit des Projektträgers, die Anforderungen dieses Leitfadens einzuhalten.
- **Durchleitungsdarlehen für mehrere Empfänger (Darlehen für Midcap-Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen):** Wenn die Bank einem zwischengeschalteten Institut (üblicherweise ein Finanzinstitut, das Kredite an kleine und mittlere Unternehmen vergibt) ein Darlehen gewährt, fordert sie das zwischengeschaltete Institut auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Endkreditnehmer bei der Vergabe der Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge für die von der Bank mitfinanzierten Teilvorhaben die jeweils wirtschaftlich günstigste Option wählen und dabei Verfahren angewandt werden, die den Umständen und den vor Ort geltenden Rechtsvorschriften entsprechen. Falls dabei offene oder nicht offene Verfahren verwendet werden, so müssen diese entsprechend den Bestimmungen des vorliegenden Leitfadens durchgeführt werden.

¹⁴ Der „Zusatznutzen“ des Projekts umfasst die folgenden drei Aspekte: (i) Übereinstimmung des Projekts mit den allgemeinen Zielen und Prioritäten der Bank, (ii) Qualität und Tragfähigkeit des Projekts und (iii) Beitrag der EIB zum Projekt.

¹⁵ Wie in Anlage 5 definiert.

- **Eigenkapitaloperationen:** In bestimmten Regionen außerhalb der EU kann die Bank das Eigenkapital eines öffentlichen oder privaten Unternehmens finanzieren. In diesem Fall kommt die Bank mit dem Projektträger überein, welche besonderen Aufträge sie finanziert, und verlangt, dass der Projektträger dieselben Beschaffungsmethoden anwendet wie im Falle einer direkten Finanzierung von Projekten. Dies gilt jedoch nicht, falls es sich um eine rein finanzielle Unterstützung (etwa zur Stärkung der Kapitalbasis eines Unternehmens) handelt, die in keinem direkten Zusammenhang mit der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen steht.
- **Fonds:** Wenn sich die Bank an einem Fonds beteiligt, verlangt sie, dass er alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass die Aufträge für die Durchführung der von der Bank mitfinanzierten Projekte folgendermaßen vergeben werden:
 - **Projekte des öffentlichen Sektors:** Die Vergabe erfolgt durch geeignete Verfahren in Einklang mit den EU-Richtlinien für die (öffentliche) Auftragsvergabe. Zusammenfassend geht es dabei um die offene internationale Ausschreibung, die Nichtdiskriminierung von Bietern, Fairness und Transparenz beim Vergabeverfahren und die Auswahl des wirtschaftlich günstigsten Angebots.
 - **Projekte des privaten Sektors:** Die Vergabe erfolgt durch faire, transparente Verfahren, die die Wirtschaftlichkeits- und Effizienzkriterien erfüllen. Dies kann durch Einhaltung der etablierten Geschäftspraxis erreicht werden. Die Aufträge müssen unparteiisch ausgehandelt werden und im besten Interesse des Projekts stehen.
 - **Konzessionsprojekte:** Wenn der Fonds in Projekte investiert, die nach dem BOT-Modell (Bau, Betrieb, Übertragung) oder ähnlichen Konzessionsmodellen wie öffentlich-private Partnerschaften oder andere staatliche Konzessionen – etwa ein anerkanntes Monopol – durchgeführt werden, vergibt der öffentliche Auftraggeber die Konzession in Übereinstimmung mit folgenden Kriterien:
 - Die Vergabe der Konzession erfolgt durch ein transparentes Verfahren in Einklang mit den Grundsätzen des EU-Vertrags, d. h. sie wurde angemessen bekannt gemacht, um die Konzession für den internationalen Wettbewerb zu öffnen, und das Verfahren war fair, nicht diskriminierend und kann überprüft werden.
 - Der Konzessionsvertrag ist hinsichtlich Preis, Qualität und Risikoteilung wirtschaftlich angemessen.

In diesem Fall kann der Konzessionsnehmer die Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Rahmen der Konzession über die im Vorangehenden beschriebenen geeigneten Vergabeverfahren für Projekte des privaten Sektors vergeben.
- **Darlehen, für die im Rahmen der Investitionsfazilität (Abkommen von Cotonou) eine Garantie bereitgestellt wird:** Wenn die Bank die Tilgung eines von einem anderen Darlehensgeber gewährten Darlehens garantiert, müssen die aus diesem Darlehen finanzierten Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge nach Verfahren beschafft werden, die einen transparenten Vergabeprozess und eine faire Behandlung der Bieter sowie die Auswahl des wirtschaftlich günstigsten Angebotes in Einklang mit den in den Abschnitten 3.4.1 und 3.4.2 beschriebenen Grundsätzen sicherstellen. Die Bank kann verlangen, dass eine angemessene Zahl von Bauunternehmen, Lieferanten bzw. Dienstleistungserbringern an dem Wettbewerb teilnehmen kann (zum Beispiel durch eine internationale Ausschreibungsbekanntmachung).

3.4.5 Gemeinsame Kofinanzierungen

Bei Vorhaben, die die Bank gemeinsam mit anderen multi- oder bilateralen Finanzierungsinstitutionen oder anderen internationalen Organisationen kofinanziert, kann die Auftragsvergabe für die gemeinsam kofinanzierten Teilvorhaben nach den Auftragsvergebepflichten einer anderen an der Kofinanzierung beteiligten Institution oder Organisation (die kofinanzierende Institution) erfolgen, sofern die Bank ihre Zustimmung erteilt hat. Dabei sind jedoch die Mindestanforderungen und -standards der Bank einzuhalten:

- Die kofinanzierende Institution weitet den Teilnehmerkreis gemäß den in Abschnitt 3.2 genannten Grundsätzen aus.
- Die Ausschreibungen werden angemessen veröffentlicht, um einen breiten internationalen Wettbewerb zu gewährleisten.

- Die Vergabevorschriften entsprechen den international anerkannten Methoden und orientieren sich an den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung der Bieter, der Fairness und Transparenz des Vergabeverfahrens und der Auswahl des wirtschaftlich günstigsten Angebots.

Darüber hinaus kann die Bank die kofinanzierende Institution damit beauftragen, die Auftragsvergabe der gemeinsam kofinanzierten Vorhaben in ihrem Auftrag zu überwachen.

Die Bank kann die kofinanzierende Institution außerdem damit beauftragen, das Projekt in ihrem Auftrag zu prüfen und/oder zu überwachen. In diesem Fall ist die kofinanzierende Institution zu 100 Prozent für die Überwachung der Auftragsvergabe zuständig. Sie kann bei allen Projektkomponenten ihre eigenen Vorschriften anwenden, sofern die oben genannten Anforderungen und Standards eingehalten werden.¹⁶

3.5 Überprüfung der Auftragsvergabeentscheidungen durch die Bank

Im Rahmen ihrer Projektprüfung beurteilt die Bank das Projekt sowie die technische und organisatorische Kapazität des Projektträgers. Außerdem legt sie die Prüfung der Auftragsvergabe fest.

Während der Projektprüfung sollte der Projektträger die Zustimmung der Bank zum Auftragsvergabeplan einholen und erhalten, der mindestens den von der Bank zu finanzierenden Projektumfang abdeckt. Er enthält unter anderem Angaben zur Wahl der für das Projekt geeigneten Verfahren, zum Zeitplan, zu den technischen Spezifikationen, zur Veröffentlichung von Ausschreibungsbekanntmachungen und zur Frist für die Ausarbeitung der Angebote.

3.5.1 Operationen im öffentlichen Sektor

Der mit dem Projektträger vereinbarte Auftragsvergabeplan sollte die nachstehend aufgeführten Prüfungsanforderungen der Bank widerspiegeln.

Der Projektträger sollte den Auftragsvergabeprozess erst einleiten, nachdem die Bank dem entsprechenden Auftragsvergabeplan (und wesentlichen Aktualisierungen) zugestimmt hat. Auch falls der Projektträger das Vergabeverfahren bereits vor der Beteiligung der Bank an der Projektkomponente gestartet hat, prüft sie den Auftragsvergabeplan, um sicherzustellen, dass er die Anforderungen dieses Leitfadens erfüllt.

Vorherige Überprüfung: Alle internationalen Vergabeverfahren durchlaufen eine vorherige Überprüfung durch die Bank. Vorherige Überprüfung bedeutet, dass der Projektträger die wichtigen Unterlagen an die Bank schicken und vor allen wichtigen Entscheidungen hinsichtlich der Auftragsvergabe ihre Zustimmung einholen muss:

- Die Ausschreibungsbekanntmachung, die Unterlagen für die Präqualifikation (falls eine solche stattfindet) und die Ausschreibungsunterlagen müssen der Bank vor Veröffentlichung bzw. vor der Aushändigung an potenzielle Bieter zur Information und zur Abgabe eventueller Kommentare vorgelegt werden.
- Für die Präqualifikation der Bieter oder die direkt vom Projektträger erstellte Bewerberliste (ggf. vor der Benachrichtigung der Bewerber), die Bewertung der Angebote (auf jeder Bewertungsstufe) und die Entscheidung über die Auftragsvergabe muss auf der Grundlage geeigneter Unterlagen eine Erklärung der Bank eingeholt werden, dass diese keine Einwände hat (Non-objection-Mitteilung der Bank).
- Wenn das Vergabeverfahren Verhandlungen umfasst, sind das Verhandlungsprotokoll sowie Änderungen der ursprünglichen technischen Spezifikationen/„Terms of Reference“ oder Auftragsbedingungen, die sich aus den Verhandlungen ergeben, vor der Bekanntmachung der vorgeschlagenen Vergabeentscheidung an die Bank zu schicken.
- Nach der Vertragsunterzeichnung muss jede Vertragsänderung, die kumulativ eine Erhöhung des ursprünglichen Auftragspreises von mehr als 15 Prozent bewirkt, vor Abschluss an die Bank geschickt werden.

¹⁶ Bei Projekten außerhalb der EU, die im Rahmen der „Mutual Reliance Initiative“ durchgeführt werden, an der die EIB, die Agence française de développement und die Kreditanstalt für Wiederaufbau beteiligt sind, wird einer der drei Kofinanzierungspartner – das federführende Institut – von den anderen beiden Instituten damit beauftragt, das Projekt in ihrem Auftrag zu prüfen und/oder zu überwachen. In diesem Fall ist das federführende Institut zu 100 Prozent für die Überwachung der Auftragsvergabe zuständig und wendet dabei seine eigenen, von der EIB akzeptierten Vorschriften an.

Im Falle einer Beendigung des Vertrags muss der Projektträger die Bank über seine Absicht und die Gründe der Beendigung informieren. Die Bank behält sich das Recht vor, ihre Finanzierung zurückzuziehen, wenn die Beendigung nicht gerechtfertigt ist und/oder gegen Vertragsbestimmungen verstößt.

Die vorherige Überprüfung der Bank erfolgt nach einem risikobasierten Ansatz. Aufträge mit einem erhöhten Risiko werden von einem direktionsübergreifenden Ausschuss geprüft, bevor die Bank gegenüber dem Projektträger die Non-Objection-Mitteilung ausstellen kann.

Ex-post-Überprüfung: Alle Aufträge, die nicht nach einem internationalen Vergabeverfahren vergeben werden, durchlaufen eine Ex-post-Überprüfung durch die Bank wie im Auftragsvergabeplan dargelegt. Der Projektträger kann demnach Beschaffungsaufträge vergeben, ohne die Bank im Vorfeld einzubinden. Er legt der Bank in regelmäßigen Abständen einen aktualisierten Auftragsvergabeplan vor, der aktuelle Informationen zu den Vergabeentscheidungen, den Unterzeichnungen und der Wettbewerbsintensität enthält. Der Projektträger bewahrt die vollständigen Unterlagen aller Aufträge auf und stellt sie auf Anfrage für die Ex-post-Überprüfung der Bank oder ihrer Prüfer zur Verfügung. Die Bank behält sich das Recht vor, ihre Finanzierung zurückzuziehen, wenn die Ex-post-Überprüfung eines Auftrags einen Verstoß gegen den vorliegenden Leitfaden aufzeigt.

Während der Projektdurchführung überwacht die Bank die Vergabe durch den Projektträger; je nach Leistung des Projektträgers kann sie ihre Sorgfaltsprüfung anpassen.

3.5.2 Operationen im privaten Sektor

Bei der Vergabe im privaten Sektor muss der Projektträger sicherstellen, dass die Vergabeverfahren, die Vergabeentscheidungen und die Aufträge den Bestimmungen dieses Leitfadens für Operationen im privaten Sektor (Abschnitt 3.4.2) entsprechen. Die Bank prüft, ob die zu finanzierenden Bauarbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen für das Projekt geeignet sind und zu marktgerechten Preisen in Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Effizienz sowie unter Vertragsbedingungen, die vor dem Hintergrund der vorherrschenden Marktpraxis angemessen sind, beschafft wurden oder werden.

3.5.3 Operationen im Rahmen von Konzessionen

Wenn der Projektträger die für die Auswahl des Konzessionsnehmers zuständige Behörde ist, entspricht die Vergabeprüfung der EIB hinsichtlich der Konzessions- und PPP-Auswahlprozesse der Prüfung für Operationen im öffentlichen Sektor (Abschnitt 3.5.1).

In welchem Umfang die Bank die Vergabe von Aufträgen durch den Konzessionsnehmer prüft, hängt vom Typ der Operation (öffentlich oder privat) ab, wie in Abschnitt 3.4.3 dargelegt.

Ist der Projektträger ein Bieter (oder eine Zweckgesellschaft, die vom Bieter bei Konzessionserhalt eingerichtet wird/werden soll), der am von der Behörde durchgeführten Auswahlverfahren zur Konzessionsvergabe teilnimmt, sollte die Behörde eine frühzeitige Einbindung der Bank in die öffentlich-private Partnerschaft sicherstellen. Auf diese Weise kann die Bank kontrollieren, ob die für ihre Finanzierung geltenden Bedingungen, die dieser Leitfaden beschreibt, eingehalten werden. Grundsätzlich steht die Bank allen interessierten Bietern auf nicht exklusiver Basis zur Verfügung, wobei die Bieter keineswegs verpflichtet sind, die Bank in ihren Angebotsstrukturen zu berücksichtigen (außer die Vergabeunterlagen schreiben dies vor). Die Bank verpflichtet sich, den Zugang zu Informationen, die sie im Rahmen der Prüfung des Konzessionsvergabeverfahrens erhalten hat, unter uneingeschränkter Achtung des Grundsatzes der Vertraulichkeit zu limitieren und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen (einschließlich Vertraulichkeitsverpflichtungen).

Die Anforderungen für die Überprüfung der Auftragsvergabeentscheidungen durch die Bank sind in Anlage 2 zusammengefasst.

3.6 Rechtswidrige Verhaltensweisen und Handlungen – Integritätserklärung

Wie in Abschnitt 1.4 dargelegt, verpflichtet sich die Bank sicherzustellen, dass ihre Darlehen für den vorgesehenen Zweck verwendet werden und dass ihre Operationen nicht für rechtswidrige Verhaltensweisen und Handlungen missbraucht werden (dazu zählen Betrug, Korruption, heimliche Absprachen, Nötigung, Behinderung, Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung). Vor allem bei Vorhaben in Ländern außerhalb der EU verlangt die Bank generell, dass der Projektträger:

- von jedem Bieter für Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträge als Bedingung für die Teilnahme verlangt, dass er eine Integritätserklärung wie in Anlage 3 abgibt und diese seinem Angebot beifügt, und
- in die Ausschreibungsunterlagen und Verträge eine Klausel aufnimmt, die dem Projektträger, der Bank und den von ihnen ernannten Rechnungsprüfern sowie jeder Behörde oder jeder Einrichtung der Europäischen Union bzw. jeder gemäß dem Recht der Europäischen Union zuständigen Behörde das Recht einräumt, die für die Durchführung eines von der Bank mitfinanzierten Auftrags relevanten Bücher und Geschäftsunterlagen des Bieters, Bauunternehmers, Lieferanten, Dienstleistungserbringers oder Beraters zu überprüfen und zu kopieren.

Die Bank behält sich das Recht vor, Aufträge nicht zu finanzieren, wenn der Bieter/Auftragnehmer dem Projektträger keine von einem ordnungsgemäß befugten Unternehmensvertreter unterzeichnete Integritätserklärung vorgelegt hat.

Bei Aufträgen, die vor der Einbindung der Bank in das Projekt vergeben wurden, wird den Projektträgern empfohlen, die Integritätserklärung aufzunehmen.

Bei Projektträgern des privaten Sektors kann die Bank auf die Integritätserklärung verzichten, sofern der Projektträger gegenüber der Bank zufriedenstellend nachweisen kann, dass er Betrugsbekämpfungsmaßnahmen umgesetzt hat, die mindestens den Betrugsbekämpfungsleitlinien der Bank entsprechen.

3.7 Internationale Auftragsvergabeverfahren

3.7.1 Allgemeines

Im Allgemeinen verlangt die Bank, dass öffentliche Aufträge im offenen oder nicht offenen Verfahren mit Veröffentlichung einer Ausschreibungsbekanntmachung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website vergeben werden. Die eventuellen Ausnahmen von dieser Regel müssen vom Projektträger gerechtfertigt und von der Bank genehmigt werden.

Bei der Auftragsvergabe hat der Projektträger in der Regel die folgenden Schritte einzuhalten:

- Veröffentlichung einer Ausschreibungsbekanntmachung, die zur Angebotsabgabe (oder zur Teilnahme an der Präqualifikation) aufruft, im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website und in anderen Medien mit dem Hinweis, dass die Bank möglicherweise den Auftrag finanziert;
- Entscheidung über die Liste der präqualifizierten Bieter und Benachrichtigung der Bewerber (bei nicht offenen Verfahren);
- Versendung der Ausschreibungsunterlagen an die potenziellen Bieter;
- Eingang der Angebote, öffentliche Angebotsöffnung und Bewertung der Angebote;
- Auftragserteilung, Benachrichtigung aller anderen Bieter über das Ergebnis und Veröffentlichung einer Vergabebekanntmachung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website und
- Auftragsdurchführung.

Beim offenen und nicht offenen Verfahren sollte sich der Projektträger an die im Folgenden aufgeführten Regeln und Bestimmungen halten.

3.7.2 Veröffentlichung der Ausschreibungsbekanntmachung

Die Bank verlangt, dass der Projektträger die Ausschreibungsbekanntmachung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website veröffentlicht. Falls notwendig hilft die Bank dabei, die Veröffentlichung im Namen des Projektträgers zu veranlassen.

Im Falle eines direkten Aufrufs zur Angebotsabgabe ohne vorherige Präqualifikation muss die Bekanntmachung mindestens die folgenden Elemente beinhalten:

- Bezeichnung des Projektträgers, Name des Projekts und Hinweis auf die mögliche Finanzierung durch die Bank;
- Beschreibung der Bauleistungen bzw. der Art der zu erbringenden Lieferungen oder Dienstleistungen;
- voraussichtlicher Zeitplan;
- Aufstellung der Kriterien für die Bewertung der Angebote in der Rangfolge ihrer Bedeutung;
- Stelle, bei der die Ausschreibungsunterlagen erhältlich sind;
- Schlusstermin für den Eingang der Angebote sowie
- Zeit und Ort der öffentlichen Angebotsöffnung.

Die Bank unterstützt außerdem die Veröffentlichung der Ausschreibungsbekanntmachungen in anderen internationalen Medien und in lokalen Zeitungen. In diesem Fall dürfen diese nicht vor der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website erscheinen und sind vorzugsweise zeitgleich, mit denselben Bedingungen und in demselben Wortlaut wie im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website, zu veröffentlichen.

Falls der Projektträger das Vergabeverfahren für einen Projektbestandteil bereits vor der Beteiligung der Bank begonnen hat, kann die Bank dennoch zustimmen, diesen Bestandteil mitzufinanzieren, auch wenn es keine Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website gegeben hat. Voraussetzung ist allerdings, dass der Projektträger nachweisen kann, dass die Publizität der Ausschreibung groß genug war, um einen breiten internationalen Wettbewerb zu gewährleisten.

3.7.3 Präqualifikation im nicht offenen Verfahren

Im nicht offenen Verfahren wählt der Projektträger diejenigen Bewerber aus, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen. Die Auswahl der Bewerber muss durch ein formelles Präqualifikationsverfahren erfolgen, an dem alle interessierten Firmen teilnehmen können und das im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website veröffentlicht wird. Ein solches Präqualifikationsverfahren ist üblicherweise für große bzw. komplexe Aufträge erforderlich.

Die Kriterien für die Präqualifikation, die in der Ausschreibungsbekanntmachung aufgeführt und in den Präqualifikationsunterlagen erläutert werden müssen, sollten in erster Linie die Fähigkeiten und Mittel des möglichen Bieters betreffen, diesen besonderen Auftrag auszuführen. Üblicherweise werden als Kriterien folgende Eigenschaften des Bewerbers berücksichtigt:

- Erfahrung und Leistung bei vorangegangenen Aufträgen;
- Kapazitäten hinsichtlich seiner Arbeitskräfte, Ausstattung sowie Bauausrüstung oder Produktionsanlagen;
- Finanzlage.

Der Projektträger sollte alle Bewerber über die Entscheidung der Präqualifikation informieren und die wesentlichen Gründe für die Entscheidung erläutern.

Abgesehen von der Benachrichtigung und Auswahl der Bewerber im Präqualifikationsverfahren sind nicht offene Verfahren mit offenen Verfahren identisch.

3.7.4 Ausschreibungsunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind so auszuarbeiten, dass sie einen breiten internationalen Wettbewerb ermöglichen. Außerdem müssen sie vollständig mit den in dem vorliegenden Leitfaden festgelegten Bestimmungen in Einklang stehen.

Projektträger können die Ausschreibungsunterlagen und Auftragsbestimmungen aus den Rechtsvorschriften ihres Landes verwenden, wenn diese einen breiten internationalen Wettbewerb ermöglichen und den Bestimmungen dieses Leitfadens entsprechen. Alternativ können Projektträger auch international anerkannte Standardunterlagen für die Auftragsvergabe und Auftragsbestimmungen verwenden, wie sie beispielsweise von multilateralen Entwicklungsbanken oder der Internationalen Vereinigung beratender Ingenieure (FIDIC) ausgearbeitet wurden, sofern diese auf ihre Übereinstimmung mit den Bestimmungen des vorliegenden Leitfadens gemäß Kapitel 1 und Abschnitt 3.7 hin angepasst wurden.

Der Verkaufspreis der Ausschreibungsunterlagen sollte den Kosten für ihre Vervielfältigung und gegebenenfalls ihre Versendung entsprechen.

Falls während des Ausschreibungszeitraums Änderungen an den Ausschreibungsunterlagen vorgenommen werden, muss der Projektträger die geänderten Unterlagen allen Bietern zusenden und ihnen eine angemessene Reaktionszeit zugestehen.

Die Ausschreibungsunterlagen sollten Bestimmungen bezüglich des geltenden Rechts und der Beilegung von Rechtsstreitigkeiten beinhalten. Die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit kann praktische Vorteile haben, sodass die Bank die Projektträger ermutigt, diese soweit angemessen anzuwenden.

Die für die Ausarbeitung der Angebote verfügbare Zeit sollte vom Umfang und von der Komplexität des Auftrags abhängen. Sie sollte im Normalfall mindestens sechs Wochen ab dem Zeitpunkt betragen, zu dem die Ausschreibungsunterlagen für die potenziellen Bieter erhältlich sind. Bei umfangreichen Bauarbeiten oder komplizierten Ausrüstungsteilen muss diese Frist entsprechend verlängert werden. In diesem Fall wird der Projektträger ersucht, Informationsveranstaltungen und Ortsbesichtigungen durchzuführen, die den Bietern das Verständnis des Auftragsgegenstandes erleichtern. Falls Bieter spezifische Fragen zu den Ausschreibungsunterlagen stellen, müssen die Projektträger diese innerhalb einer Woche beantworten. Alle Bieter müssen in jedem Fall gleich und fair behandelt werden.

Die Ausschreibungsunterlagen sollten eine Aufforderung an die Bieter beinhalten, den Projektträger schriftlich mit Kopie an die Bank zu informieren, falls sie der Ansicht sind, dass bestimmte Klauseln oder technische Spezifikationen der Ausschreibungsunterlagen den internationalen Wettbewerb einschränken oder einigen Bietern einen ungerechten Vorteil bringen könnten.

3.7.5 Sprache

Die Ausschreibungsbekanntmachung, die Präqualifikationsunterlagen (soweit vorhanden), die Ausschreibungsunterlagen sowie der Bericht über die Angebotsbewertung müssen in einer der Amtssprachen der Europäischen Union (vorzugsweise in Englisch oder Französisch) abgefasst sein.

In besonderen Fällen kann die Originalfassung der Ausschreibungsunterlagen auch in der Landessprache des Projektträgers (die als die bei Rechtsstreitigkeiten geltende Sprache gewählt werden kann) abgefasst werden. Voraussetzung dafür ist, dass der Projektträger eine beglaubigte Übersetzung der wichtigsten Bestandteile der Ausschreibungsunterlagen anfertigen lässt und diese der Bank und den Bietern zur Verfügung stellt. Für jeglichen Schriftwechsel und Gespräche mit den ausländischen Bietern und der Bank bezüglich der Auftragsvergabe muss die EU-Sprache verwendet werden, in die die Ausschreibungsunterlagen übersetzt wurden. Die Bieter sollten die Möglichkeit haben, ihr Angebot in dieser EU-Sprache vorzulegen.

3.7.6 Technische Spezifikationen

Die Projektträger müssen EU- oder internationale Normen und Spezifikationen verwenden (wie die der Internationalen Organisation für Normung), sofern sie anwendbar und angemessen sind, und diese konsequent in den gesamten Ausschreibungsunterlagen anwenden. Werden bestimmte (nationale oder andere) Normen verwendet, ist in den Ausschreibungsunterlagen darauf hinzuweisen, dass auch andere Normen akzeptiert werden, sofern sie das gleiche oder ein höheres Maß an Qualität oder Leistung gewährleisten. Die Verwendung von Markennamen oder anderen Bezeichnungen, die zu einer Diskriminierung von Lieferanten führen könnte, ist zu vermeiden. Sollte ein solcher Hinweis zur Verdeutlichung der Produkthanforderungen erforderlich sein, ist in den Ausschreibungsunterlagen anzugeben, dass Erzeugnisse von gleicher oder höherer Qualität oder Leistung akzeptiert werden.

3.7.7 Angebotspreise für Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen

Wenn ein Projektträger des öffentlichen Sektors (oder ein privater Projektträger, der von Einfuhrzöllen befreit ist) Lieferungen ausschreibt, sollte verlangt werden, dass die Angebotspreise als CIF-Preise (Bestimmungshafen) oder als CIP-Preise (Bestimmungsort) für alle aus dem Ausland angebotenen Güter und als EXW-Preise (ab Werk bzw. Mitnahmeartikel) für im Inland erhältliche, hergestellte oder zusammengebaute Güter, einschließlich der vorher importierten, angegeben werden. Bei der Bewertung der Angebote für Lieferungen sollten Einfuhrzölle und Steuern auf importierte Güter sowie die Mehrwertsteuer und andere Abgaben auf im Inland beschaffte Güter nicht berücksichtigt werden, während alle in Verbindung mit der Lieferung, dem Transport, der Abfertigung und der Versicherung der Güter bis zum Bestimmungsort entstehenden Kosten einzubeziehen sind.

Angebotspreise für Bau- und Dienstleistungsaufträge, die vornehmlich im Land des Käufers zu erfüllen sind, können einschließlich aller Zölle, Steuern und sonstiger Abgaben verlangt werden. Die Bewertung und der Vergleich der Angebote werden auf dieser Grundlage vorgenommen, wobei der Auftragnehmer für alle bei der Ausführung des Auftrags anfallenden Zölle, Steuern und Abgaben aufkommen muss.

3.7.8 Währung

Auf Wunsch des Projektträgers und mit Zustimmung der Bank kann die Angebotswährung auf eine bestimmte, weltweit handelbare Währung beschränkt werden. Andernfalls sollten die Bieter ihre Angebotspreise in einer beliebigen international gehandelten Währung oder in einer Kombination von Währungen für den Anteil der Kosten, die in Devisen anfallen, angeben können. Sie müssen jedoch damit einverstanden sein, dass ihnen der Anteil der im Inland anfallenden Kosten eines Auftrags in Landeswährung gezahlt wird. In diesem Fall müssen die Bieter die Höhe des Devisenanteils, den sie in ihrem Angebot verlangen, rechtfertigen.

Die Bezahlung für den Auftrag erfolgt in der (den) Währung(en), in der (denen) der Preis des Angebots, dem der Zuschlag erteilt wurde, angegeben ist. Sollte verlangt werden, dass der Angebotspreis in einer einzigen Währung angegeben wird, der Bieter jedoch Zahlungen in anderen Währungen in einer prozentual auf den Angebotspreis bezogenen Höhe gefordert hat, so werden für die Zahlungen die vom Bieter in seinem Angebot genannten Umrechnungskurse verwendet, um zu gewährleisten, dass der Wert der verschiedenen Teile des Angebots (in anderen Währungen) ohne Gewinn oder Verlust erhalten bleibt. Die Ausschreibungsunterlagen müssen klare Bestimmungen für eventuelle Preiserhöhungen enthalten.

Zur Bewertung und zum Vergleich der Angebote werden die Angebotspreise in eine vom Projektträger bestimmte Währung umgerechnet, wobei für die Umrechnung der Währungen der angegebenen Angebotspreise die Verkaufs-/ (Wechsel-)Kurse eines international anerkannten Devisenmarktes an einem im Voraus gewählten und in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Tag verwendet werden, vorausgesetzt, dieser Tag liegt nicht mehr als 30 Tage vor dem angegebenen Tag der Angebotsöffnung.¹⁷

3.7.9 Bevorzugung inländischer Güter

Mit Ausnahme der Kandidatenländer können Darlehensnehmer für Güter, die im Inland hergestellt werden (per Definition müssen die im Inland erbrachten Leistungen mindestens 30 Prozent ab Werk ausmachen), eine lokale Präferenzspanne von 15 Prozent anwenden. Besteht eine solche bevorzugte Behandlung, muss in den Ausschreibungsunterlagen ausdrücklich darauf hingewiesen werden. Für den Vergleich der Angebote werden dann der Preis der importierten Güter (ohne Steuern und Abgaben am Lieferort) zuzüglich 15 Prozent und der Preis der im Inland produzierten Güter (ohne Mehrwertsteuer oder ähnliche Abgaben am Lieferort) herangezogen. Bei Bauleistungen (selbst wenn sie die Lieferung von Gütern einschließen) und Dienstleistungen akzeptiert die Bank keine Bevorzugung von Bietern des Empfängerlandes.

3.7.10 Kriterien für die Angebotsbewertung

Für die Bewertung der Angebote können folgende Kriterien maßgebend sein:

- der niedrigste Preis der den Bedingungen entsprechenden und die technischen Anforderungen erfüllenden Angebote oder
- das wirtschaftlich günstigste Angebot unter Anwendung einer Reihe auftragsbezogener Kriterien: wie Preis, Zahlungsbedingungen, Bau- oder Lieferzeit, technische Leistungsfähigkeit (vorgeschlagenes Personal, Ausrüstung, Baumethode und Bauplanung, technische Merkmale usw.), Umwelteigenschaften, technische Übereinstimmung mit anderer Ausrüstung, Verfügbarkeit von Dienstleistungen und Ersatzteilen, Betriebskosten und Wartungskosten.

Die für die Angebotsbewertung ausgewählten Kriterien müssen in der Ausschreibungsbekanntmachung genannt sein und in den Ausschreibungsunterlagen quantifiziert werden. Die in den Ausschreibungsunterlagen angegebenen Bewertungskriterien sind bei der Bewertung der Angebote ohne Auslassungen oder Hinzufügungen vollständig anzuwenden. Falls keine Kriterien genannt sind, ist allein der niedrigste Preis ausschlaggebend.

In Ausnahmefällen können die Bieter in den Ausschreibungsunterlagen dazu aufgefordert werden, Finanzierungsvorschläge einzureichen. In diesem Fall ist in den Unterlagen genau anzugeben, nach welchen Kriterien diese Vorschläge bewertet werden. Darüber hinaus empfiehlt die Bank, dass die Bieter auch ein Angebot ohne Finanzierungsvorschlag einreichen.

3.7.11 Öffnung der Angebote

Bei öffentlichen Aufträgen hat die Öffnung der Angebote und der zugehörigen Unterlagen öffentlich und in Anwesenheit der Vertreter der Bieter, wenn diese bei der Öffnung anwesend sein möchten, zu einem Zeitpunkt und an einem Ort zu erfolgen, die in der Ausschreibungsbekanntmachung oder in den Ausschreibungsunterlagen genannt sind. Angebote, die nach Ablauf der festgelegten Frist für den Angebotseingang eingegangen sind, dürfen nicht geöffnet werden.

Bei Öffnung der Angebote müssen der Name des Bieters und die Höhe des jeweiligen Angebots sowie die damit im Zusammenhang stehenden Sonderbedingungen, Preisnachlässe und Varianten – soweit zulässig – laut vorgelesen und im Protokoll festgehalten werden. Eine Kopie dieses Protokolls muss dem der Bank zugesandten Bericht über die Angebotsbewertung beigelegt werden.

¹⁷ Dieser Tag sollte nicht nach dem Tag liegen, der ursprünglich in den Ausschreibungsunterlagen als letzter Tag der Angebotsgültigkeit vorgesehen ist. Falls aufgrund der vertraglichen Zahlungsbedingungen einige wenige größere Zahlungen an spezifischen vorhersehbaren Terminen in der Zukunft (wie CIF-Lieferaufträge) anfallen, kann der Projektträger den Wunsch haben, die Verwendung eines amtlich notierten Devisenterminkurses für die geschätzten Zahlungstermine für die Bewertung festzulegen und bei der Zuschlagserteilung Devisentermingeschäfte für diese Zahlungen abzuschließen, um sich so gegen das Risiko von Devisenkursschwankungen abzusichern. Die Zeitpunkte für diese Termingeschäfte und die zu verwendenden Devisenmärkte müssen in den Ausschreibungsunterlagen klar angegeben werden.

3.7.12 Bewertung der Angebote

Der Projektträger oder sein Vertreter muss die Angebote auf Übereinstimmung mit den Anforderungen und auf Vollständigkeit überprüfen und sämtliche Rechenfehler korrigieren. Der Projektträger oder sein Vertreter hat von den Bietern sämtliche zur Bewertung der Angebote notwendigen Erklärungen zu verlangen, jedoch kann nach Angebotsöffnung weder eine Änderung eines wesentlichen Bestandteils des Angebotes noch des Preises akzeptiert werden.

Bei umfangreichen und komplizierten Aufträgen sollte die Angebotsbewertung in zwei Stufen (technisches und finanzielles Angebot) erfolgen. Dieses sogenannte Zwei-Umschlag-Verfahren ist in Anlage 1 näher beschrieben.

Unaufgefordert eingereichte Finanzierungsangebote sind bei der Angebotsbewertung nicht zu berücksichtigen.

3.7.13 Zuschlagserteilung und Vertragsunterzeichnung

Der Projektträger sollte alle Bieter über das Ergebnis der Zuschlagserteilung informieren und die wesentlichen Gründe für diese Entscheidung erläutern. Jeder Bieter muss als wirksames Rechtsmittel die Möglichkeit haben, von Nachprüfungsverfahren Gebrauch zu machen. Daher sollte der Vertrag nicht vor Ablauf der Stillhaltefrist – einer angemessenen Frist ab Absendung der Zuschlagsinformation an die Bieter – unterzeichnet werden.

3.7.14 Vergabebekanntmachung

Nach Vertragsunterzeichnung muss der Projektträger unverzüglich eine Vergabebekanntmachung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website veröffentlichen. Falls notwendig hilft die Bank dabei, die Veröffentlichung im Namen des Projektträgers zu veranlassen.

Die Vergabebekanntmachung muss die folgenden Angaben (im Titel oder im Text) enthalten:

- Projektname und -nummer;
- Losnummer und -bezeichnung;
- Veröffentlichungsnummer;
- Tag der Veröffentlichung der Ausschreibungsbekanntmachung;
- Name des Projektträgers;
- Hinweis auf den Finanzierungsbeitrag der Bank;
- Auftragswert (nur wenn der Preis Zuschlagskriterium war);
- Tag der Auftragserteilung;
- Zahl der eingegangenen Angebote;
- Name und Anschrift des Bieters, dem der Zuschlag erteilt wurde.

3.8 Umwelt- und Sozialerklärung

Bei Finanzierungsoperationen außerhalb der EU verlangt die Bank grundsätzlich, dass der Projektträger in den Vergabe- und Vertragsunterlagen die Bieter und Auftragnehmer verpflichtet, die in Anlage 6 beigefügte Vorlage für die „Umwelt- und Sozialerklärung“ auszufüllen und einzureichen. Die Bank behält sich das Recht vor, Aufträge nicht zu finanzieren, wenn der Bieter/Auftragnehmer dem Projektträger keine von einer ordnungsgemäß bevollmächtigten Person unterzeichnete Umwelt- und Sozialerklärung vorgelegt hat.

Bei Aufträgen, die vor der Einbindung der Bank in das Projekt vergeben wurden, wird dem Projektträger empfohlen, die Umwelt- und Sozialerklärung aufzunehmen.

4 Von der Bank mitfinanzierte Beratungsleistungen

Dieser Abschnitt betrifft von Beratern erbrachte Leistungen im Rahmen von Projekten, die von der Bank über Darlehen oder Zuschüsse mitfinanziert werden. Die Bestimmungen von Abschnitt 3.6 – Rechtswidrige Verhaltensweisen und Handlungen – Integritätserklärung – sind auch für dieses Kapitel uneingeschränkt gültig. Für Kandidaten- und potenzielle Kandidatenländer ist im zweiten Absatz von Abschnitt 3.1 dieses Leitfadens festgelegt, unter welchen Bedingungen ihre Vorhaben als Operationen innerhalb oder außerhalb der EU eingestuft werden.

4.1 Projekte mit Standort innerhalb der Europäischen Union

Für die von der Bank mitfinanzierten Vorhaben innerhalb der EU sind die Bestimmungen der einschlägigen EU-Richtlinien maßgeblich.

4.2 Projekte mit Standort außerhalb der Europäischen Union

Die im Folgenden beschriebenen Bestimmungen gelten ausschließlich für von der Bank mitfinanzierte Operationen im öffentlichen Sektor. Die allgemeinen Bestimmungen aus Abschnitt 3.4.2 gelten für Beratungsaufträge, die im Rahmen von durch die Bank mitfinanzierten Operationen im privaten Sektor vergeben werden.

Die Verfahren zur Auswahl von Beratern/Experten sowie zur Erstellung der Verträge, die ihre Dienstleistungen regeln, müssen transparent sein und darüber hinaus gewährleisten, dass die Leistungen auf die wirtschaftlich günstigste Weise – d. h. in angemessener Qualität, zu wettbewerbsfähigen Preisen und termingerecht – erbracht werden.

Die Bestimmungen, die für die Aktivitäten der Bank außerhalb der EU im Hinblick auf die Auswahl von Beratern gelten, entsprechen stets dem Geist der für vergleichbare Dienstleistungen innerhalb der EU anwendbaren EU-Richtlinie, wobei die erforderlichen Anpassungen zur Berücksichtigung der besonderen Merkmale der von der Bank mitfinanzierten Projekte außerhalb der EU vorzunehmen sind.

4.2.1 Beschreibung der Auftragsvergabeverfahren

Die verschiedenen Verfahrensarten werden im Folgenden beschrieben:

- **Offenes Verfahren:** internationale Ausschreibung (mindestens mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website sowie zusätzlich in der Presse und in anderen Medien), bei der jeder interessierte Berater oder Experte für die geforderten Dienstleistungen ein Angebot abgeben kann.
- **Nicht offenes Verfahren:** Ausschreibung, bei der der Projektträger nur Berater/Experten zur Einreichung eines Angebots auffordert, die auf einer Liste stehen. Die Liste der präqualifizierten Bewerber muss anhand eines internationalen Aufrufs zur Interessenbekundung erstellt werden, an dem alle Berater teilnehmen dürfen und der mindestens im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website veröffentlicht werden muss. Die Bank ist der Ansicht, dass dieses Verfahren effizienter ist als das offene Verfahren.
- **Verhandlungsverfahren:** Verfahren, bei dem die Bewerberliste direkt durch den Projektträger erstellt wird. Er analysiert die (technischen und finanziellen) Vorschläge der von ihm ausgewählten Berater/Experten und handelt mit einem oder mehreren von ihnen die endgültigen Konditionen aus. Die Projektträger können anhand eigener Erfahrungen und Kontakte und/oder anhand von Beraterverzeichnissen eine Liste möglicher Bewerber (Vorauswahlliste) erstellen.

4.2.2 Auswahl der Auftragsvergabeverfahren

Bei der Auswahl des Auftragsvergabeverfahrens sind folgende Bestimmungen einzuhalten:

- Bei einem geschätzten Auftragswert von 200 000 Euro oder mehr (ohne MwSt.; dabei ist als Auftragswert die Gesamtvergütung des Dienstleistungserbringers zugrunde zu legen):
 - offenes Verfahren mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website oder
 - nicht offenes Verfahren mit internationalem Aufruf zur Interessenbekundung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website.
- Bei einem geschätzten Auftragswert von weniger als 200 000 Euro (ohne MwSt.): Verhandlungsverfahren mit einer Liste von höchstens sieben Bewerbern, die auf der Grundlage von Verzeichnissen/Nachforschungen/Empfehlungen erstellt wurde, und unter Teilnahme von mindestens drei Bewerbern mit mindestens zwei verschiedenen Staatsangehörigkeiten.

Ausnahmen von den oben beschriebenen Verfahren: Die Projektträger könnten sich aus einem oder mehreren der folgenden Gründe veranlasst sehen, zu weniger oder nur zu einem Bewerber Kontakt aufzunehmen:

- Die benötigten Fachkenntnisse betreffen ein Gebiet, auf dem es sehr wenige Fachleute gibt.
- Die nachgefragte Dienstleistung hat nachgewiesenermaßen einen Dringlichkeitsgrad, der keine ausgedehnte Suche erlaubt.
- Vertraulichkeit und/oder Kontinuität sind notwendig.
- Es wurde bereits ein anderes Auswahlverfahren durchgeführt, dessen Ergebnis unbefriedigend war.
- Wenn ein Berater an Anfangsphasen eines Projekts – etwa einer Machbarkeitsstudie oder Planung – beteiligt war bzw. ist und feststeht, dass Kontinuität erforderlich ist und ein Wettbewerbsverfahren keine zusätzlichen Vorteile bieten würde. Das ist einer der häufigsten Gründe. Die Bestimmungen für eine solche Ausnahme sollten im Voraus festgelegt werden und in den ursprünglichen „Terms of Reference“ und in dem vorzugsweise im Anschluss an eine Ausschreibung erteilten Auftrag enthalten sein.

Ein einzelner Grund oder eine Kombination von Gründen sind möglich. Ausnahmen müssen jedoch vom Projektträger begründet werden, und die Bank muss im Voraus ihre Non-Objection-Mitteilung ausstellen.

Bei Aufträgen mit einem geschätzten Auftragswert von weniger als 50 000 Euro kann die Bank akzeptieren, dass nur mit einem Unternehmen bzw. einer Person Verhandlungen geführt werden, um die Vorbereitung oder Durchführung des Projekts zu beschleunigen.

4.2.3 Bewertung der Vorschläge von Beratern

Die Vorschläge werden anhand einer Reihe von Kriterien bewertet, die mit ihrer jeweiligen Gewichtung in der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen an die Berater genannt werden müssen. Dafür können u. a. folgende Kriterien herangezogen werden:

- besondere Erfahrung des Beraters;
- Verständnis der „Terms of Reference“ und des Umfangs der Dienstleistungen;
- für die Erbringung der Dienstleistungen vorgeschlagene Vorgehensweise;
- Qualifikation und Erfahrung der für die Erbringung der Dienstleistungen wichtigen Fachkräfte;
- internationale, regionale bzw. lokale Erfahrung;
- vorgeschlagener Zeitplan.

In Abhängigkeit von den Merkmalen der zu erfüllenden Aufgaben kann der Preis als Kriterium berücksichtigt werden. Er sollte jedoch geringer gewichtet werden als die anderen Kriterien zusammen. Unter bestimmten Umständen lässt sich das Preiskriterium am effizientesten einbeziehen, indem in der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen die für die Dienstleistungen verfügbaren Mittel angegeben werden und der Hinweis erfolgt, dass ausschließlich Angebote berücksichtigt werden, bei denen diese Preisobergrenze nicht überschritten wird.

Der Projektträger muss den Bericht über die Bewertung der Vorschläge bei der Bank einreichen, damit diese ihre Non-Objection-Mitteilung ausstellen kann.

4.2.4 Auftragsabwicklung

Wie bei anderen Aufträgen für Projekte, die von der Bank mitfinanziert werden, ist der Projektträger in vollem Umfang für die Überwachung und Abwicklung der Beratungstätigkeit zuständig.

Anlage 1

Begriffe und Praxis im Bereich Auftragsvergabe

Ein Unternehmen, das ein „Angebot“ einreicht, wird als „Bieter“ bezeichnet und ein Unternehmen, das sich um die Teilnahme an einem nicht offenen Verfahren oder einem Verhandlungsverfahren bewirbt, als „Bewerber“.

Internationale Vergabeverfahren

Die Begriffe „offenes Verfahren“, „nicht offenes Verfahren“, „Verhandlungsverfahren“ und „wettbewerblicher Dialog“ werden im Sinne der EU-Vergaberichtlinien in ihrer von Zeit zu Zeit geänderten Fassung verwendet.

1. Das **„offene Verfahren“** ist ein formelles Verfahren, bei dem alle interessierten Unternehmen ein Angebot abgeben können. Es muss mindestens im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website bekannt gemacht werden. Für das offene Verfahren sind klare und umfassende Ausschreibungsunterlagen sowie eine faire und transparente Vorgehensweise bei der Ausschreibung, Bewertung und Zuschlagserteilung erforderlich. Außerhalb der EU wird dieses Verfahren oft als **internationale öffentliche Ausschreibung** oder **öffentliche Ausschreibung** bezeichnet.
2. Das **„nicht offene Verfahren“** ist ein formelles Verfahren, bei dem nur die vom Projektträger aufgeforderten Unternehmen ein Angebot abgeben dürfen. Ihm muss ein Präqualifikationsverfahren vorausgehen, an dem alle interessierten Unternehmen teilnehmen können und das mindestens im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website veröffentlicht wird. Das Präqualifikationsverfahren dient der Auswahl von Unternehmen, die anschließend zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Die Bewerberliste kann ebenfalls mithilfe eines Qualifizierungssystems der Bauunternehmen, Lieferanten und Dienstleistungserbringer erstellt werden, das per Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website eingerichtet und gepflegt wird. In der Ausschreibungsphase ähnelt dieses Verfahren dem offenen Verfahren (da auch hier klare und umfassende Ausschreibungsunterlagen sowie eine faire und transparente Vorgehensweise bei der Ausschreibung, Bewertung und Zuschlagserteilung erforderlich sind). Außerhalb der EU wird dieses Verfahren auch als **internationale öffentliche Ausschreibung (mit Präqualifikation)** bezeichnet.
3. Der **„wettbewerbliche Dialog“** wird bei besonders komplexen Aufträgen angewandt, wenn der Projektträger objektiv nicht in der Lage ist, die dem Bedarf oder den Zielsetzungen des Projekts entsprechenden technischen Mittel zu definieren oder den rechtlichen oder finanziellen Rahmen eines Projekts zu bestimmen, und er zu dem Schluss gelangt, dass das nicht offene Verfahren keine Zuschlagserteilung nach dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis gestattet. Der Projektträger muss seinen Bedarf und seine Anforderungen formulieren und die Zuschlagskriterien festlegen, anhand derer das wirtschaftlich günstigste Angebot ausgewählt werden soll. Zunächst wird im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website eine Ausschreibungsbekanntmachung veröffentlicht. Anschließend wählt der Projektträger unter den Bewerbern qualifizierte Bieter aus und eröffnet mit ihnen einen Dialog, um die Anforderungen festzulegen, mit denen sein Bedarf am besten erfüllt werden kann. Der Projektträger muss die Gleichbehandlung aller Bieter sicherstellen und darf keine vertraulichen Informationen eines Bieters an andere Bieter weitergeben. Das Verfahren kann mehrere Stufen durchlaufen. Nachdem der Projektträger die Teilnehmer von den Ergebnissen des Dialogs in Kenntnis gesetzt hat, fordert er sie auf, auf der Grundlage der eingereichten und in der Dialogphase näher ausgeführten Lösungen ihr endgültiges Angebot abzugeben.
4. Das **„Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb“** besteht aus einer ähnlichen Reihe von Schritten wie das Verfahren des wettbewerblichen Dialogs. Anders als beim wettbewerblichen Dialog muss der Projektträger jedoch seine Anforderungen spezifizieren, bevor er die Bieter zur Angebotsabgabe auffordert. Zu Beginn, d. h. für die Präqualifikation, erfolgt ein Teilnahmewettbewerb mittels einer Auftragsbekanntmachung und Veröffentlichung der Unterlagen einschließlich Zuschlagskriterien, Spezifikationen und Mindestanforderungen, die physischer, funktioneller oder rechtlicher Art sein können. Der Projektträger verhandelt mit qualifizierten Bietern über die von ihnen eingereichten Erstangebote und alle Folgeangebote mit Ausnahme der endgültigen Angebote, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Beabsichtigt der Projektträger einen Abschluss der

Verhandlungen, so unterrichtet er die verbleibenden Bieter und legt eine gemeinsame Frist für die Einreichung neuer oder überarbeiteter Angebote fest. Der Projektträger vergewissert sich, dass die endgültigen Angebote den Mindestanforderungen entsprechen, beurteilt die endgültigen Angebote auf der Grundlage des wirtschaftlich günstigsten Angebots und erteilt den Zuschlag. Der Projektträger muss die Gleichbehandlung aller Bieter sicherstellen und darf keine vertraulichen Informationen eines Bieters an andere Bieter weitergeben.

5. Das „**Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung**“ ist ein Verfahren, bei dem die Projektträger ausgewählte Unternehmen ansprechen und mit einem oder mehreren dieser Unternehmen über die Auftragsbedingungen verhandeln. Die Auswahl der Bewerber erfolgt direkt durch den Projektträger. Außerhalb der EU wird dieses Verfahren oft **freihändige Vergabe** genannt.

Nationale Vergabeverfahren

6. „**Nationale Ausschreibungen**“ erfolgen entsprechend den üblichen Verfahren des Landes des Projektträgers. Sie werden ausschließlich in der einheimischen Presse bekannt gemacht. Dabei sind die Ausschreibungsunterlagen normalerweise in der Amtssprache des Landes verfasst. In der Regel erfolgen die Angebotsabgabe und die Zahlungen in der Landeswährung, und die Angebotspreise schließen normalerweise sämtliche vor Ort anwendbaren Abgaben und Steuern ein.
7. Bei der „**Beschaffung durch Preisangebot**“ bzw. der „**Direktvergabe**“ kann der Projektträger Preise und andere Bedingungen mit mehreren Unternehmen, Lieferanten bzw. Dienstleistungserbringern des Landes oder nur einem von ihnen aushandeln.
8. Bei „**Arbeiten in eigener Regie**“ handelt es sich eigentlich nicht um ein Beschaffungsverfahren, da die Arbeiten in diesem Fall durch die Arbeitskräfte und mit Ausrüstung des Projektträgers ausgeführt werden. In manchen Fällen ist dies die einzige praktikable Möglichkeit für die Errichtung bestimmter Bauten bzw. Anlagen oder die Erbringung angemessener In-house-Dienstleistungen wie grundlegende Planungsarbeiten oder Forschung und Entwicklung.

Spezifische Methoden im Rahmen des offenen und nicht offenen Verfahrens

9. Bei umfangreichen oder komplexen Aufträgen ist es ratsam, bei der Bewertung in zwei Schritten vorzugehen (Bewertung des technischen und dann des finanziellen Angebots). Die Bieter werden aufgefordert, nach dem „**Zwei-Umschlag-Verfahren**“ ihr technisches und ihr finanzielles Angebot zusammen, aber in getrennten Umschlägen einzureichen. In der ersten Stufe werden zunächst ausschließlich die administrativen und technischen Unterlagen in öffentlicher Sitzung geöffnet. Nachdem der Projektträger ihre Übereinstimmung mit den Anforderungen (zu denen in den Ausschreibungsunterlagen genannte Mindestbedingungen gehören können) überprüft hat, werden in der zweiten Stufe nur die Preisangebote von den Bietern in öffentlicher Sitzung geöffnet und verlesen, die zufriedenstellende Unterlagen eingereicht oder bei der technischen Beurteilung eine im Voraus festgelegte Mindestpunktzahl erreicht haben.
10. Ist ein Austausch über technische Fragen zwischen dem Projektträger und dem Bieter sinnvoll, kann nach einem „**Zweistufensystem**“ vorgegangen werden, wobei die erste Stufe nur das technische Angebot betrifft, das die Bieter anhand der vorläufigen Spezifikationen des Projektträgers einreichen. Nach der sorgfältigen Bewertung der technischen Angebote passt der Projektträger die ursprünglichen Ausschreibungsspezifikationen an und fordert nur die Bieter, deren Angebote zur Teilnahme zugelassen wurden und die in technischer Hinsicht den Anforderungen entsprechen, zur Einreichung eines Preisangebots auf. Der Hauptunterschied zum wettbewerblichen Dialog besteht darin, dass alle endgültigen Angebote dieselben Anforderungen erfüllen müssen. Das erleichtert die Angebotsbewertung.
11. Bei der Ausschreibung von „**Bau- und Planungsleistungen**“ handelt es sich in der Regel um ein nicht offenes Ausschreibungsverfahren; die technischen Anforderungen sind dabei sehr allgemein gehalten und beinhalten normalerweise nur die Angabe der gewünschten Kapazitäten und Leistungen. Damit steht es im freien Ermessen der Bieter, die technische Lösung vorzuschlagen, die ihnen am wirtschaftlichsten oder am geeignetsten erscheint; die Bewertung der Angebote erfolgt unter Berücksichtigung technischer und wirtschaftlicher Kriterien. Dieses Verfahren erfordert zwar zunächst weniger Arbeitsaufwand bei der Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen. Für den Bieter bedeutet

es allerdings einen weitaus größeren Arbeits- und Berechnungsaufwand bei der Ausarbeitung der Angebote und erfordert von ihm auch mehr Erfahrung in diesem Bereich. Für den Projektträger erhöht sich der Aufwand bei der Bewertung und beim Vergleich der Angebote sowie bei der endgültigen Auswahl des Bauunternehmens, Lieferanten bzw. Dienstleistungserbringers.

- 12.** Ausschreibungen können für ein Gesamtvorhaben (wie den Bau einer Fabrik oder eines Kraftwerks) einschließlich der Tests und der Inbetriebnahme oder nur für einen Teil eines Projekts durchgeführt werden. Im ersten Fall spricht man von Aufträgen zur „**schlüsselfertigen Erstellung (turnkey)**“, die dem Projektträger eine umfassendere technische Garantie bieten, oft aber teurer sind. Im zweiten Fall erfolgt eine Unterteilung des Vorhabens in mehrere, voneinander getrennte Teilaufträge (oder Lose). Diese Methode ist relativ komplex und erfordert für die Koordinierung der Projektdurchführung normalerweise umfangreiche Erfahrung und In-house-Kapazität. Zwar kann der Projektträger auf diese Weise die Kosten beträchtlich verringern, er trägt jedoch die Verantwortung für die technische Koordinierung der verschiedenen Bestandteile und das Risiko von Verzögerungen, Kostenüberschreitungen und allgemein niedrigerer technischer Leistungsfähigkeit.

Anlage 2

Überprüfung der Auftragsvergabeentscheidungen durch die Bank bei Operationen im öffentlichen Sektor mit Standort außerhalb der Europäischen Union

Wie in dem vorliegenden Leitfaden dargelegt wird, ist es die Politik der Bank, die volle Verantwortung für die Auftragsvergabe beim Projektträger zu belassen. Die Bank beschränkt sich deshalb darauf, sicherzustellen, dass ihre Mittel so kostengünstig, transparent und effizient wie möglich verwendet werden. Die von der Bank vorgenommene Überprüfung der Vergabeentscheidungen des Projektträgers beschränkt sich somit auf die wesentlichen Schritte des Vergabeprozesses.

In der Projektprüfungsphase bzw. während der Darlehensverhandlungen bespricht die Bank die Auftragsvergabe mit dem Projektträger und vereinbart mit ihm, nach welchen Verfahren die verschiedenen von der Bank mitfinanzierten Projektbestandteile vergeben werden sollen. Danach sind für jedes Verfahren die folgenden Schritte einzuhalten.

Internationale Auftragsvergabeverfahren

1. Der Projektträger muss der Bank die Ausschreibungsbekanntmachung und die Ausschreibungsunterlagen (sowie gegebenenfalls die Präqualifikationsunterlagen) mindestens 20 Tage vor dem voraussichtlichen Tag der Veröffentlichung der Ausschreibungsbekanntmachung übersenden.
2. Grundsätzlich nimmt die Bank keine umfassende Prüfung der Ausschreibungs- bzw. Präqualifikationsunterlagen vor, für die die Verantwortung vollständig beim Projektträger liegt. Die Bank überprüft möglicherweise jedoch die wichtigsten Verwaltungsbestimmungen dieser Unterlagen und gibt dazu ihre Kommentare ab, wobei sie sich vor allem auf die (Prä-)Qualifikationskriterien und die Kriterien für die Angebotsbewertung konzentriert. Dabei handelt es sich in keinem Fall um ein Einverständnis mit dem gesamten Inhalt dieser Unterlagen.
3. Soweit nötig wird die Bank die Ausschreibungsbekanntmachung prüfen und ihre Veröffentlichung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website für den Projektträger veranlassen.
4. Bei einem Präqualifikationsverfahren muss der Projektträger die Non-Objection-Mitteilung der Bank für den Bericht über die Präqualifikation und die Aufstellung der Bewerber, die für die Aufnahme in die Präqualifikationsliste vorgeschlagen werden, einholen. Bei Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung ist die Non-Objection-Mitteilung der Bank für die Liste der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen (mit Begründung) ebenfalls erforderlich.
5. Während des Vergabeverfahrens muss der Projektträger die Bank unverzüglich über jegliche schriftliche Beschwerde informieren, die er von einem Bieter erhält.
6. Im Anschluss an die Prüfung der Angebote muss der Projektträger der Bank seinen Bewertungsbericht übersenden, wobei dieser eine klare Empfehlung für die nächste Stufe des Verfahrens (sofern zutreffend) oder die Auftragsvergabe beinhalten muss. Die Bank wird ihre Non-Objection-Mitteilung ausstellen, oder aber entsprechende Kommentare abgeben.
7. Unverzüglich nach Vertragsunterzeichnung muss der Projektträger der Bank die Vergabebekanntmachung übersenden, die die Bank erforderlichenfalls im Namen des Projektträgers im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website veröffentlicht.
8. Schließlich muss der Projektträger der Bank vor dem ersten Auszahlungsantrag im Rahmen des Finanzierungsvertrags eine Kopie des unterzeichneten Vertrags (und der Integritätserklärung, vgl. Anlage 3) vorlegen.

Andere Auftragsvergabeverfahren

Bei Aufträgen, für die keine internationalen Vergabeverfahren durchgeführt werden müssen, legt der Projektträger der Bank in regelmäßigen Abständen einen aktualisierten Auftragsvergabeplan vor, der neue Informationen zu den Vergabeentscheidungen, den Unterzeichnungen und der Wettbewerbsintensität enthält. Der Projektträger bewahrt die vollständigen Unterlagen aller Aufträge auf und stellt sie auf Anfrage für die Ex-post-Überprüfung der Bank oder ihrer Prüfer zur Verfügung. Die Bank behält sich das Recht vor, ihre Finanzierung zurückzuziehen, wenn die Ex-post-Überprüfung eines Auftrags einen Verstoß gegen den vorliegenden Leitfaden aufzeigt.

Sonderfall Aufträge für Beratungsdienstleistungen

Die Bank prüft den Umfang der Dienstleistungen und die vorgeschlagenen „Terms of Reference“ (einschließlich des gewählten Vergabeverfahrens), den Bericht über die Vorauswahlliste, in dem erläutert wird, nach welchen Kriterien die empfohlene Liste der in die engere Auswahl gezogenen Berater erstellt wurde, die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, den Bewertungsbericht mit der Begründung für die vorgeschlagene Auswahl sowie den Entwurf des Beratungsvertrags, um sicherzustellen, dass sie die entsprechenden Dienstleistungen finanzieren kann.

1. Der Projektträger muss der Bank die „Terms of Reference“, die vorgeschlagene Liste der ausgewählten Berater und den Bericht über die Vorauswahlliste (bzw. die Ausschreibungsbekanntmachung, falls ein offenes oder nicht offenes Verfahren gewählt wurde) sowie die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zusenden.
2. Die Bank wird ihre Non-Objection-Mitteilung ausstellen, oder aber entsprechende Kommentare abgeben. Darüber hinaus überprüft die Bank möglicherweise die wichtigsten Verwaltungsbestimmungen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und gibt dazu ihre Kommentare ab, wobei sie sich vor allem auf die Kriterien für die Angebotsbewertung konzentriert. Dabei handelt es sich in keinem Fall um ein Einverständnis mit dem gesamten Inhalt dieser Unterlagen.
3. Falls ein offenes oder nicht offenes Verfahren durchgeführt wird, veranlasst die Bank erforderlichenfalls die Veröffentlichung der Ausschreibungsbekanntmachung im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website im Namen des Projektträgers.
4. Im Falle eines nicht offenen Verfahrens muss der Projektträger die Non-Objection-Mitteilung der Bank für den Präqualifikationsbericht anfragen.
5. Im Anschluss an die Prüfung der Angebote muss der Projektträger der Bank seinen Bewertungsbericht mit einer klaren Empfehlung für die Auftragsvergabe sowie den Entwurf des Beratungsvertrags übersenden. Die Bank wird ihre Non-Objection-Mitteilung ausstellen, oder aber entsprechende Kommentare abgeben.
6. Im Falle eines offenen oder nicht offenen Verfahrens muss der Projektträger der Bank unverzüglich nach Vertragsunterzeichnung die Vergabebekanntmachung übersenden, die die Bank erforderlichenfalls im Namen des Projektträgers im EU-Amtsblatt und/oder auf der EIB-Website veröffentlicht.
7. Schließlich muss der Projektträger der Bank vor dem ersten Auszahlungsantrag im Rahmen des Finanzierungsvertrags eine Kopie des unterzeichneten Vertrags (und der Integritätserklärung bei einem internationalen Vergabeverfahren, vgl. Anlage 3) vorlegen.

Anmerkung: Die Zusendung der Non-Objection-Mitteilung, bzw. die Zusendung der Kommentare der Bank an den Projektträger im Rahmen des Vergabeverfahrens erfolgt auf der Grundlage der vom Projektträger vorgelegten Informationen und entbindet diesen nicht von seiner vollen Verantwortung für die Auftragsvergabe. Die Bank kann ihren Standpunkt ändern, wenn sie nach Abgabe ihrer Stellungnahme zu einem bestimmten Aspekt des Vergabeverfahrens Kenntnis von neuen Informationen erhält.

Anlage 3

Vorlage für die Integritätserklärung

[Name des federführenden Bieters] erklärt und sichert hiermit in unserem Namen und gegebenenfalls im Namen unserer Joint-Venture-Partner für [Bezeichnung des Auftrags], der von [Name des Projektträgers] gemanagt wird (der „Auftrag“), zu, dass weder wir noch andere Personen, einschließlich unserer leitenden Angestellten, Mitarbeiter, Beauftragten oder Unterauftragnehmer für diesen Auftrag, die mit ordnungsgemäßer Vollmacht in unserem Namen oder mit unserem Wissen bzw. Einverständnis oder unserer Unterstützung handeln (die „Assoziierten Einrichtungen und Personen“), und keine unserer Mutter- oder Tochtergesellschaften und keines unserer verbundenen Unternehmen

- (i) im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe an rechtswidrigen Verhaltensweisen und Handlungen¹⁸ beteiligt sind und wir und die Assoziierten Einrichtungen und Personen auch bei der Auftragsausführung nicht an solchen rechtswidrigen Verhaltensweisen und Handlungen beteiligt sein werden;
- (ii) auf Sanktionslisten der EU oder der Vereinten Nationen stehen oder anderweitig Sanktionen der EU oder der Vereinten Nationen unterliegen;¹⁹
- (iii) einem aktuellen Ausschlussbeschluss der Europäischen Investitionsbank unterliegen;
- (iv) in den 5 (fünf) Jahren unmittelbar vor dem Datum dieser Erklärung aus Gründen, die mit rechtswidrigen Verhaltensweisen und Handlungen im Zusammenhang mit einer Auftragsvergabe oder der Ausführung von Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergleichbar sind, von einem Gericht verurteilt wurden oder von einer Instanz mit Sanktionen²⁰ belegt wurden (unabhängig davon, ob eine solche Verurteilung oder Sanktion noch in Kraft ist);
- (v) von den Organen oder Einrichtungen der EU oder einer multilateralen Entwicklungsbank²¹ aus Gründen, die mit rechtswidrigen Verhaltensweisen und Handlungen vergleichbar sind, ausgeschlossen sind oder Durchsetzungsmaßnahmen oder anderen Sanktionen²² unterliegen, oder einer Ausschließung, Durchsetzungsmaßnahme oder Sanktion unterlagen, deren Wirksamkeit in den 5 (fünf) Jahren unmittelbar vor dem Datum dieser Erklärung endete.

Wir informieren Sie unverzüglich, falls eine Person in unserer Organisation, die für die Einhaltung dieser Erklärung während des Vergabeverfahrens und – im Falle der Zuschlagserteilung – während der Vertragslaufzeit zuständig ist, davon Kenntnis erhält, dass einer der unter den Buchstaben (i) bis (v) aufgeführten Fälle auf uns oder eine der Assoziierten Einrichtungen und Personen zutrifft.

Wir erklären und sichern außerdem zu, dass im Falle einer Zuschlagserteilung weder wir noch eine der Assoziierten Einrichtungen und Personen während der Auftragsausführung gegen die Sanktionen der EU oder der Vereinten Nationen verstoßen werden.

Falls zutreffend, machen wir nachfolgend nähere Angaben zu allen unter den Buchstaben (i) bis (v) aufgeführten Verurteilungen, Ausschlüssen oder anderen Sanktionen, Ausschluss-/Sanktionsverfahren und/oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf uns oder eine der Assoziierten Einrichtungen und Personen sowie Angaben zu allen Maßnahmen, die wir ergriffen haben oder ergreifen werden, um sicherzustellen, dass im

¹⁸ Korruption, Betrug, heimliche Absprachen, Nötigung, Behinderung, Diebstahl in den Räumlichkeiten der EIB-Gruppe, missbräuchliche Verwendung ihrer Ressourcen oder Vermögenswerte, Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung wie in den Betrugsbekämpfungsleitlinien der EIB-Gruppe definiert, abrufbar unter <https://www.eib.org/de/publications/anti-fraud-policy>, in ihrer von Zeit zu Zeit geänderten Fassung.

¹⁹ Sanktionen oder restriktive Maßnahmen der EU gemäß Titel V Kapitel 2 des EU-Vertrags und den Zielen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gemäß Artikel 21 des EU-Vertrags und Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (die Sanktionen der EU können entweder eigenständig oder im Anschluss an vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf der Grundlage von Artikel 41 der UN-Charta beschlossene Sanktionen verhängt worden sein).

²⁰ Dies umfasst Geldstrafen oder andere finanzielle Sanktionen (unabhängig davon, ob sie bereits gezahlt wurde oder nicht).

²¹ Dazu zählen die Weltbankgruppe, die Afrikanische Entwicklungsbank, die Asiatische Entwicklungsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Europäische Investitionsbank und die Interamerikanischen Entwicklungsbank.

²² Dies umfasst alle Beschlüsse mit ähnlicher Wirkung wie ein bedingter Nichtausschluss, die vorübergehende Aussetzung, Verweisschreiben oder Selbstbeschränkung.

Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren oder der Auftragsausführung keine rechtswidrigen Verhaltensweisen und Handlungen begangen werden (*falls nicht zutreffend, vermerken Sie bitte „nicht zutreffend“ in der nachstehenden Tabelle*):

Name der Einrichtung	Einzelheiten zur Offenlegung	Ergriffene/zu ergreifende Maßnahmen

Wir oder eine der Assoziierten Einrichtungen und Personen haben im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren oder der Auftragsausführung folgende Provisionen, Zuwendungen oder Vergütungen gezahlt oder werden dies tun *[Angabe des vollständigen Namens jedes Empfängers, seiner vollständigen Anschrift, einer Begründung, warum die Provisionen, Zuwendungen oder Vergütungen gezahlt wurden oder werden, sowie Angabe des jeweiligen Betrags und der Währung]*:

Name des Empfängers	Anschrift	Begründung	Betrag

Wir werden für die Dauer des Vergabeverfahrens und – im Falle der Zuschlagserteilung – für die Vertragslaufzeit einen Mitarbeitenden benennen und einsetzen, der Ihren Anforderungen in angemessener Weise genügen und Ihnen uneingeschränkt und unmittelbar zur Verfügung stehen wird und der die Pflicht und die erforderlichen Befugnisse hat, die Einhaltung dieser Integritätserklärung zu gewährleisten.

Wir gewähren *[Name des Projektträgers]*, der Europäischen Investitionsbank und jeder von ihr benannten Person und/oder jeder Behörde oder gemäß dem Recht der Europäischen Union zuständigen EU-Organ oder zuständigen EU-Einrichtung das Recht, (i) die Standorte, Anlagen und Bauten zu besichtigen, (ii) unsere Vertreter und andere relevante Personen zu befragen und (iii) unsere Bücher und Geschäftsunterlagen im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren oder dem Auftrag zu überprüfen und zu kopieren, und wir verpflichten unsere Assoziierten Einrichtungen und Personen, die von dem Auftrag Kenntnis haben, Fragen der Europäischen Investitionsbank zu beantworten und ihr alle Informationen oder Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die für die Untersuchung mutmaßlich rechtswidriger Verhaltensweisen und Handlungen erforderlich sind.

Wir stellen sicher, dass unsere Bücher und Geschäftsunterlagen sowie die der Assoziierten Einrichtungen gemäß den geltenden Rechtsvorschriften aufbewahrt werden, jedoch mindestens 6 (sechs) Jahre ab dem Tag der Angebotsabgabe und – falls wir den Zuschlag erhalten – mindestens 6 (sechs) Jahre ab dem Tag, an dem der Auftrag im Wesentlichen ausgeführt wurde. Wir stellen sicher, dass alle Vereinbarungen, die wir mit Assoziierten Einrichtungen für die Auftragsausführung schließen, Bestimmungen enthalten, die dem in diesem Abschnitt beschriebenen Zweck dienen.

Wir erkennen an, dass jeder Verstoß gegen die Verpflichtungen aus dieser Integritätserklärung (einschließlich jeder vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Nichtangabe oder Täuschung in Bezug auf eine frühere Verurteilung, einen Ausschluss oder eine andere Sanktions- oder Durchsetzungsmaßnahme) oder jede nicht genehmigte Änderung der Erklärung als Verstoß gegen die Betrugsbekämpfungsleitlinien der EIB-Gruppe gewertet werden und folglich die Ablehnung unseres Angebots und/oder die Einleitung eines Ausschlussverfahrens durch die EIB gegen uns und/oder eine der Assoziierten Einrichtungen und Personen nach sich ziehen kann.

UNTERZEICHNET von einem ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter, der befugt und bevollmächtigt ist, im Namen seines Unternehmens und im Falle eines Joint Venture im Namen jedes Joint-Venture-Mitglieds zu unterzeichnen:

Datum:

Name des Unternehmens:

Name der/des Zeichnungsberechtigten:

Position des/der Zeichnungsberechtigten:

Unterschrift:

Anmerkung: Bei internationalen Auftragsvergabeverfahren (wie in Abschnitt 3.3.2 definiert) ist der Bank diese Erklärung zusammen mit dem Vertrag zuzusenden. In den anderen Fällen ist sie vom Projektträger aufzubewahren und der Bank auf Verlangen vorzulegen.

Anlage 4

Berechtigung zur Teilnahme an der Auftragsvergabe bei aus Mitteln Dritter finanzierten Operationen

Bei einigen Projekten außerhalb der EU stammen die Finanzierungsmittel der Bank aus anderen Quellen. Dazu zählen u. a. Mittel, die im Rahmen der Mandate für Finanzierungen der Bank außerhalb der EU bereitgestellt werden, sowie Mittel aus Treuhandfonds.

Allgemein gilt:

- Ausschreibungen für Aufträge, die aus Mitteln der durch das Abkommen von Cotonou geschaffenen Investitionsfazilität finanziert werden, stehen den Staatsangehörigen sämtlicher Länder offen.
- Die Teilnahme an Ausschreibungen für Aufträge, die aus Mitteln Dritter finanziert werden (oder bei denen eigene Mittel der EIB mit Mitteln Dritter kombiniert werden), steht Bietern, Lieferanten und Dienstleistungsanbietern offen, die gemäß den Bestimmungen der jeweiligen Rechtsinstrumente (etwa der Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer) dazu berechtigt sind. In diesem Fall sollten in der Regel Unternehmen, Lieferanten und Dienstleistungserbringer aus folgenden Ländern zur Teilnahme an den Auftragsvergabeverfahren berechtigt sein:
 - Länder der Europäischen Union,
 - Länder, mit denen die betreffende Vereinbarung oder das betreffende Abkommen geschlossen wurde, oder Empfängerländer dieser Vereinbarung bzw. dieses Abkommens.

Ein Unternehmen wird als aus einem EU-Mitgliedsland oder aus einem Empfängerland stammend erachtet, wenn es gemäß den gesetzlichen Bestimmungen eines EU- oder Empfängerlandes gegründet wurde und seinen Sitz, seine zentrale Verwaltung oder seine Hauptort der Geschäftstätigkeit in einem EU- oder Empfängerland hat. Falls es dort nur seinen satzungsmäßigen Sitz unterhält, so muss es zumindest Aktivitäten aufweisen, die Auswirkungen auf die Wirtschaft sowie ständige Kontakte mit der Wirtschaft von EU- oder Empfängerländern haben.

Auf Antrag des Empfängerlandes kann die Bank in Ausnahmefällen, die gemäß den Bestimmungen der betreffenden Vereinbarung oder des betreffenden Abkommens zulässig sind, Unternehmen aus Drittländern zur Teilnahme zulassen. Diese Zulassung muss in den Unterlagen der entsprechenden Ausschreibung ausdrücklich vorgesehen sein und in sämtlichen mit ihr verbundenen Veröffentlichungen erwähnt werden.

Anlage 5

Definition der Operationen im öffentlichen Sektor außerhalb der Europäischen Union

1. **Im Allgemeinen** sind Operationen im öffentlichen Sektor solche, die von „staatlichen Behörden“, d. h. vom Staat, von den Gebietskörperschaften, von Einrichtungen des öffentlichen Rechts und von Verbänden, die aus einer oder mehreren dieser Körperschaften oder Einrichtungen des öffentlichen Rechts bestehen, durchgeführt werden.

Unter einer „Einrichtung des öffentlichen Rechts“ ist jede Einrichtung zu verstehen, die:

- zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben nicht gewerblicher Art zu erfüllen,
- eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt und
- überwiegend von staatlichen Behörden finanziert wird oder deren Leitung einer Kontrolle durch letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgane mehrheitlich aus Mitgliedern bestehen, die von staatlichen Behörden ernannt wurden.

2. **Darüber hinaus sind in dem besonderen Fall der Bereiche Gas, Wärme, Strom, Wasser und Verkehr, Suche und Förderung von Erdöl, Erdgas, Kohle oder anderen festen Brennstoffen, Häfen und Flughäfen sowie Telekommunikation und Postdienste** unter Operationen im öffentlichen Sektor solche zu verstehen, die:

- von öffentlichen Unternehmen durchgeführt werden, die in nicht liberalisierten Märkten tätig sind, oder
- von privaten Unternehmen durchgeführt werden, denen besondere und ausschließliche Rechte eingeräumt wurden und die in nicht liberalisierten Märkten tätig sind.

Anderenfalls werden öffentliche Stellen, öffentliche Unternehmen oder in Privatbesitz befindliche Einrichtungen als im Privatsektor tätige Einrichtungen betrachtet.

Unter einem „öffentlichen Unternehmen“ ist ein Unternehmen zu verstehen, auf das staatliche Behörden unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben können, weil sie sein Eigentümer sind (da sie z. B. die Mehrheit des gezeichneten Kapitals halten), finanziell an dem Unternehmen beteiligt sind (da sie z. B. die Mehrheit der mit den Anteilen verbundenen Stimmrechte kontrollieren) oder für das Unternehmen einschlägige Vorschriften bestehen (z. B. weil staatliche Behörden mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans bestellen).

Als „besondere oder ausschließliche Rechte“ gelten Rechte, die sich aus einer Gewährung ergeben, die von einer zuständigen Behörde des Landes im Rahmen einer Legislativ-, Regulierungs- oder Verwaltungsvorschrift erteilt wurde und wonach die Ausübung einer Tätigkeit im Sinne der nachstehenden Abschnitte 2.1 bis 2.9 einer oder mehreren Einrichtungen vorbehalten ist und die Möglichkeit anderer Einrichtungen, solche Tätigkeiten auf demselben Gebiet unter im Wesentlichen gleichen Bedingungen auszuüben, in hohem Maße beeinträchtigt wird. Rechte, die auf der Grundlage objektiver, angemessener und nicht diskriminierender Kriterien gewährt werden, so dass jedem Interessenten, der diese Kriterien erfüllt, dieselben Rechte eingeräumt werden, sind nicht als besondere oder ausschließliche Rechte zu betrachten.

Ein Markt gilt als „liberalisiert“, wenn in dem Land, in dem die Tätigkeit ausgeübt werden soll, diese Tätigkeit dem direkten Wettbewerb unterliegt und der Zugang für neue Betreiber frei ist. Ein unabhängiges Organ sollte dabei den Wettbewerb und den Zugang überwachen. Die Bank wird feststellen, ob eine Tätigkeit dem direkten Wettbewerb unterliegt, indem sie Kriterien heranzieht wie die Art der betreffenden Lieferungen oder Dienstleistungen, das Vorhandensein alternativer Lieferungen oder Dienstleistungen, das Preisniveau und das tatsächliche oder potenzielle Vorhandensein von mehr als einem Anbieter der betreffenden Lieferungen oder Dienstleistungen. Der

Projektträger sollte nachweisen, dass der Zugang zum Markt rechtlich und faktisch frei ist. Die Anzahl der Lieferanten bzw. Erbringer der betreffenden Lieferungen oder Dienstleistungen kann in bestimmten Fällen durch das Überwachungsorgan abhängig von der Marktgröße und der diesbezüglichen Skaleneffekte begrenzt werden (vorausgesetzt, dass es in jedem Fall mindestens zwei Lieferanten bzw. Erbringer für die betreffenden Lieferungen oder Dienstleistungen gibt).

Auf die folgenden Aktivitäten wird unter Punkt 2 Bezug genommen:

2.1 Im Bereich Gas und Wärme:

- die Bereitstellung oder der Betrieb fester Netze zur Versorgung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Produktion, dem Transport oder der Verteilung von Gas und Wärme oder
- die Einspeisung von Gas oder Wärme in diese Netze.

2.2 Im Bereich Strom:

- die Bereitstellung oder der Betrieb fester Netze zur Versorgung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Erzeugung, dem Transport oder der Verteilung von Strom oder
- die Einspeisung von Strom in diese Netze.

2.3 Im Bereich Wasser:

- die Bereitstellung oder der Betrieb fester Netze zur Versorgung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Produktion, dem Transport oder der Verteilung von Trinkwasser oder
- die Einspeisung von Trinkwasser in diese Netze.

2.4 Vergabe von Aufträgen und Durchführung von Wettbewerben durch Projektträger, die eine Tätigkeit im Sinne von Punkt 2.3 ausüben, wenn diese Aufträge:

- mit Wasserbauvorhaben sowie Bewässerungs- und Entwässerungsvorhaben im Zusammenhang stehen, sofern die zur Trinkwasserversorgung bestimmte Wassermenge mehr als 20 Prozent der mit den entsprechenden Vorhaben bzw. Bewässerungs- oder Entwässerungsanlagen zur Verfügung gestellten Gesamtwassermenge ausmacht, oder wenn sie
- mit der Ableitung und Klärung von Abwässern im Zusammenhang stehen.

2.5 Die Einspeisung von Gas, Wärme, Strom oder Trinkwasser durch Projektträger, die keine staatliche Behörden sind, in Netze zur Versorgung der Öffentlichkeit gilt nicht als Tätigkeit im Sinne der Punkte 2.1, 2.2 und 2.3, sofern:

- die Produktion des jeweiligen Versorgungsguts durch den betreffenden Projektträger erfolgt, weil es für die Ausübung einer anderen als der in den Punkten 2.1, 2.2, und 2.3 genannten Aktivitäten benötigt wird,
- die Einspeisung in das öffentliche Netz nur vom Eigenverbrauch des betreffenden Projektträgers abhängt und bei Zugrundelegung des Mittels der letzten drei Jahre nicht mehr als 25 Prozent der gesamten Erzeugung des Projektträgers ausmacht.

2.6 Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Betrieb von Netzen zur Versorgung der Allgemeinheit mit Verkehrsleistungen per Eisenbahn, automatischen Systemen, Straßenbahn, Trolleybus, Bus oder Seilbahn.

Im Verkehrsbereich ist ein Netz vorhanden, wenn die Verkehrsleistung gemäß den von einem zuständigen Projektträger festgelegten Betriebsbedingungen erbracht wird; dazu gehören die Festlegung der Strecken, die Transportkapazitäten oder die Fahrpläne.

- 2.7** Aktivitäten mit dem Ziel der Nutzung eines geographisch abgegrenzten Gebietes zum Zwecke der:
- Suche oder Förderung von Erdöl, Erdgas, Kohle oder anderen festen Brennstoffen oder
 - Versorgung von Beförderungsunternehmen im Luft-, See- oder Binnenschiffsverkehr mit Flughäfen, See- oder Binnenhäfen oder anderen Verkehrseinrichtungen.
- 2.8** Die Bereitstellung oder der Betrieb von öffentlichen Telekommunikationsnetzen oder -diensten.
- 2.9** Die Bereitstellung oder der Betrieb von Postdiensten.

Anlage 6

Vorlage für die Umwelt- und Sozialerklärung

Wir, [Name des federführenden Bieters], stellen sicher, dass wir und gegebenenfalls alle unsere Joint-Venture-Mitglieder und Unterauftragnehmer für [Name des Auftrags], der von [Name des öffentlichen Auftraggebers] gemanagt wird (der „Auftrag“), alle im Land der Auftragsausführung geltenden Arbeits-, Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften sowie alle nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle Verpflichtungen der einschlägigen internationalen Übereinkommen und multilateralen Abkommen im Bereich Umwelt einhalten, die im Land der Auftragsausführung anwendbar, ratifiziert und in Kraft sind.

Arbeitsnormen

Wir bekennen uns zu den Grundprinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation²³ und verpflichten wir uns vor allem ausdrücklich, in Einklang mit Standard 8 der Umwelt- und Sozialstandards²⁴ der EIB keine Kinder- oder Zwangsarbeit einzusetzen.

Wir verpflichten unsere Unterauftragnehmer, keine Kinderarbeit oder Zwangsarbeit einzusetzen [und diese Verpflichtung auch an die Unternehmen ihrer jeweiligen Lieferketten weiterzugeben].²⁵ Wir:

- (i) zahlen Löhne und sonstige Leistungen und bieten Arbeitsbedingungen (einschließlich Arbeitszeitregelungen), die fair sind und mindestens dem Standard der Branche entsprechen, in der die Arbeit ausgeführt wird, und wir stellen sicher, dass die Löhne zeitnah und regelmäßig gezahlt werden;
- (ii) führen vollständig und korrekt Buch über die am Standort Beschäftigten.

[bei Bauaufträgen einfügen:

„Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis

In Einklang mit Standard 8 der Umwelt- und Sozialstandards der EIB [einfügen „haben wir bereits“/„entwickeln und implementieren wir“] Leitlinien und Verfahren für das Arbeitsmanagement, die unserer Größe und unserem Personal angemessen und auf das Projekt anwendbar sind (einschließlich eines Beschwerdemechanismus nach international bewährter Praxis, um sowohl Arbeitsschutzbelange als auch gesundheits- und sicherheitsbezogene Aspekte zu berücksichtigen). Wir werden die Umsetzung des Beschwerdemechanismus regelmäßig überwachen und [Name des öffentlichen Auftraggebers] darüber sowie über gegebenenfalls notwendige Korrekturen Bericht erstatten.“]

Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und öffentliche Gesundheit

Wir:

- (i) beachten alle Gesetze für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz des Landes, in dem der Auftrag durchgeführt wird;
- (ii) entwickeln und implementieren die notwendigen Managementpläne und -systeme für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, die den Risiken und Auswirkungen des Projekts angemessen sind, und zwar in Einklang mit [bei Lieferungen, Dienstleistungen außer Beratung und Bauleistungen einfügen: „den in den Umwelt- und Sozialmanagementplänen des Projekts oder in gleichwertigen Plänen und/oder einschlägigen Studien festgelegten Maßnahmen und“] dem

²³ <https://www.ilo.org/global/standards/introduction-to-international-labour-standards/conventions-and-recommendations/lang-en/index.htm>.

²⁴ <https://www.eib.org/de/publications/eib-environmental-and-social-standards>.

²⁵ Der Text in Klammern ist einzufügen, wenn die Bank im Rahmen der Risikobewertung beim Hauptlieferanten Kinderarbeit, Zwangsarbeit, sexuelle Ausbeutung oder sexuellen Missbrauch feststellt oder ein erhebliches Risiko dafür besteht oder wenn Risiken auf niedrigeren Ebenen der Lieferkette bekannt oder gemeldet worden sind.

Leitfaden der Internationalen Arbeitsorganisation zu Managementsystemen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz;²⁶

- (iii) stellen in Einklang mit den Umwelt- und Sozialstandards der EIB den für den Auftrag eingesetzten Beschäftigten angemessene, sichere und hygienische Einrichtungen und gegebenenfalls für Beschäftigte, die auf dem Gelände wohnen, entsprechende Unterkünfte zur Verfügung;
- (iv) kommunizieren alle Vorschriften, Anweisungen und Beschilderungen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in einer für die Beschäftigten verständlichen Sprache;
- (v) gewährleisten durchgehend eine qualifizierte [Notfall-/]Erste-Hilfe-Versorgung;
- (vi) entwickeln und implementieren einen Verhaltenskodex und verabschieden gezielte Maßnahmen, die bei der gesamten Belegschaft und auch bei den Beschäftigten unserer Unterauftragnehmer geschlechtsspezifische Gewalt, sexuelle Ausbeutung, Menschenhandel u. ä. unterbinden;
- (vii) treffen Sicherheitsvorkehrungen, die mit den internationalen Normen und Prinzipien in Bezug auf Menschenrechte²⁷ in Einklang stehen, sofern solche Vorkehrungen für die Ausführung des Auftrags erforderlich sind;
- (viii) entwickeln Verfahren und Systeme zur Untersuchung, Aufzeichnung und Meldung aller Arten von Unfällen und Vorfällen (ob am Projektstandort oder im Einflussbereich des Auftrags), die sich als unmittelbare Folge der Durchführungsarbeiten oder Auftragsaktivitäten ereignen;
- (ix) melden, untersuchen, dokumentieren und analysieren alle mit dem Auftrag verbundenen Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsvorfälle oder -unfälle sowie ihre tatsächlichen oder wahrscheinlichen Auswirkungen oder Folgen, einschließlich dauerhafter Behinderungen, Krankheiten oder Todesfälle, und ergreifen entsprechende Maßnahmen, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhindern, informieren die EIB über die laufende Umsetzung der Maßnahmen und – sofern nach nationalem Recht erforderlich – setzen die zuständigen Behörden über solche Ereignisse in Kenntnis und arbeiten mit ihnen zusammen.

Umweltschutz

Wir ergreifen alle angemessenen Maßnahmen, um die Umwelt, Biodiversität und Ökosysteme innerhalb und außerhalb des Geländes zu schützen und die Beeinträchtigung für Menschen und Sachwerte durch Luftverschmutzung, Lärm, Verkehr und andere Folgen der Operationen zu begrenzen. **[bei Lieferungen, Dienstleistungen außer Beratung und Bauleistungen einfügen:** „Die aus unserer Tätigkeit resultierenden Emissionen, Abwässer sowie Einträge in Böden, Gewässer und Meere werden die Grenzwerte, Spezifikationen oder Vorschriften, die in *[Bezeichnung der einschlägigen Unterlage]*²⁸ definiert sind, einhalten, ebenso wie internationale und nationale Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die in dem Land gelten, in dem der Auftrag durchgeführt wird.“]

Ökologische und soziale Leistung

Wir halten die im Auftrag vorgeschriebenen Maßnahmen und eventuelle Korrektur- oder vorbeugenden Maßnahmen aus dem jährlichen Bericht zum Sozial- und Umweltmonitoring oder aus anderen im Auftrag vorgeschriebenen Aktionsplänen für Umwelt- und Sozialaspekte ein **[bei Bauleistungen einfügen:** „und legen *[Name des öffentlichen Auftraggebers]* *[eventuelle im Auftrag angegebene zeitliche Abstände]* Berichte zum Sozial- und Umweltmonitoring vor“. **[bei Aufträgen oberhalb der Schwellenwerte²⁹ einfügen:** „Hierfür werden wir ein Umwelt- und Sozialmanagementsystem entwickeln und einführen, das dem Umfang und der Komplexität des Auftrags entspricht, und *[Name des öffentlichen Auftraggebers]* Einzelheiten zu (i) den Plänen und Verfahren, (ii) Funktionen und Zuständigkeiten und (iii) wichtigen Monitoring- und Prüfberichten vorlegen. Wir verpflichten

²⁶ http://www.ilo.org/safework/info/standards-and-instruments/WCMS_107727/lang--en/index.htm.

²⁷ Etwa die Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte der Vereinten Nationen (<https://www.voluntaryprinciples.org/>), die UN-Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen (<https://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/useofforceandfirearms.aspx>), der UN-Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen (<https://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/LawEnforcementOfficials.aspx>) und der Internationale Verhaltenskodex für private Sicherheitsdienstleister (https://www.icoca.ch/en/the_icoc).

²⁸ Etwa eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung mit den entsprechenden Genehmigungen.

²⁹ Die Schwellenwerte sind in Abschnitt 3.4.1 angegeben.

uns außerdem, gegebenenfalls uneingeschränkt mit den Beschäftigten des Überwachungsberaters zusammenzuarbeiten.“]

Unser Angebotspreis für diesen Auftrag schließt alle Kosten im Zusammenhang mit unseren Vertragspflichten hinsichtlich der ökologischen und sozialen Leistung ein. Wir:

- (i) bewerten etwaige Änderungen, die potenziell negative ökologische oder soziale Auswirkungen haben können, in Absprache mit *[Name des öffentlichen Auftraggebers]*;
- (ii) informieren *[Name des öffentlichen Auftraggebers]* schriftlich und zügig über unerwartete ökologische oder soziale Risiken oder Auswirkungen, die während der Ausführung des Auftrags auftreten und zuvor nicht berücksichtigt wurden;
- (iii) passen erforderlichenfalls das Umwelt- und Sozialmonitoring sowie Minderungs- und/oder Kompensations- und/oder Abhilfemaßnahmen in Absprache mit *[Name des öffentlichen Auftraggebers]* an, um zu gewährleisten, dass wir unsere ökologischen und sozialen Pflichten einhalten.

[bei Lieferungen, Dienstleistungen außer Beratung und Bauleistungen einfügen:

„Team für das Umwelt- und Sozialmanagement

Wir werden *[Name des öffentlichen Auftraggebers]* beim fortlaufenden Monitoring und der Überwachung hinsichtlich der Einhaltung aller im Vorangehenden beschriebenen ökologischen und sozialen Pflichten unterstützen.“]

[bei Aufträgen oberhalb der Schwellenwerte für Lieferungen, Dienstleistungen außer Beratung und Bauleistungen einfügen:

„Team für das Umwelt- und Sozialmanagement

Hierzu bestellen wir für die gesamte Auftragslaufzeit ein Team für das Umwelt- und Sozialmanagement (die Teamgröße berücksichtigt den Umfang und die Komplexität des Auftrags), das aus Sicht von *[Name des öffentlichen Auftraggebers]* zufriedenstellend ist und *[Name des öffentlichen Auftraggebers]* uneingeschränkt und unmittelbar zur Verfügung steht. Dieses Team hat die Aufgabe, die Einhaltung dieser Umwelt- und Sozialerklärung sicherzustellen, und verfügt über alle hierfür erforderlichen Befugnisse.“]

Wir gewähren *[Name des öffentlichen Auftraggebers]*, der EIB und den von ihnen benannten Prüfern das Recht, alle unsere Konten, Bücher, elektronischen Daten und Unterlagen im Zusammenhang mit den ökologischen und sozialen Aspekten des Auftrags ebenso wie die unserer Joint-Venture-Mitglieder und Unterauftragnehmer zu überprüfen.

UNTERZEICHNET von einem ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter, der befugt und bevollmächtigt ist, im Namen seines Unternehmens und im Falle eines Joint Venture im Namen jedes Joint-Venture-Mitglieds zu unterzeichnen:

Datum:

Name des Unternehmens:

Name der/des Zeichnungsberechtigten:

Position des/der Zeichnungsberechtigten:

Unterschrift:

Hinweis für den Projektträger: Bei internationalen Auftragsvergabeverfahren (wie in Abschnitt 3.3.2 definiert) ist der Bank diese Erklärung zusammen mit dem Vertrag zuzusenden. In den anderen Fällen ist sie vom Projektträger aufzubewahren und der Bank auf Verlangen vorzulegen.

Anlage 7

Verfahren für Beschwerden über die Auftragsvergabe

A. Beschwerden über Handlungen des Projektträgers

Für die Bearbeitung und Beilegung von Beschwerden über Handlungen des Projektträgers ist der Projektträger zuständig. Die Bank ist bestrebt sicherzustellen, dass mit ihren Darlehen nur Aufträge finanziert werden, die in Übereinstimmung mit ihrem Leitfaden für die Auftragsvergabe vergeben wurden. Ihre Rolle beschränkt sich jedoch auf die Überprüfung, ob alle Bedingungen eingehalten wurden, die für ihre Finanzierung gelten. Wenn die Bank feststellt, dass das Vergabeverfahren nicht ihrem Leitfaden für die Auftragsvergabe entspricht, kann sie beschließen, ihre Finanzierung zurückzuziehen und von geeigneten vertraglichen Rechtsbehelfen Gebrauch zu machen.

Beschwerdeführer, die Handlungen oder Entscheidungen eines Projektträgers anfechten wollen, richten ihre Bedenken an den betreffenden Projektträger und/oder die entsprechenden Überprüfungsinstanzen (normalerweise die nationalen Rechtsbehelfsmechanismen). Bieter sind angehalten, ihre Beschwerde zeitnah einzureichen, und können die Bank dabei in Kopie setzen.

B. Voraussetzungen für die Einreichung von Beschwerden über Handlungen der Bank

1. Wer kann sich beschweren?

Jeder, der ein Interesse an einem bestimmten Auftrag hat oder hatte und dem durch einen mutmaßlichen Verstoß gegen den Leitfaden für die Auftragsvergabe ein Schaden entstanden ist beziehungsweise zu entstehen droht, kann beim EIB-Ausschuss für Auftragsvergabebeschwerden³⁰ eine Beschwerde einreichen. Normalerweise zählen zu diesem Kreis alle Bieter und potenziellen Bieter.

2. Worüber kann man sich beschweren?

Beschwerdeführende können die Entscheidung der Bank, dass ein Vergabeverfahren ihrem Leitfaden für die Auftragsvergabe entspricht, anfechten. Beschwerden über mutmaßlich rechtswidrige Verhaltensweisen und Handlungen im Zusammenhang mit einem Auftragsvergabeverfahren werden von den zuständigen Dienststellen der EIB gemäß der Betrugsbekämpfungsleitlinien der EIB bearbeitet.

3. Wie kann man sich beschweren?

Beschwerden sind per Post oder E-Mail (procurementcomplaints@eib.org) einzureichen. Wenn Beschwerden über andere Kanäle bei der Bank eingehen, werden sie an den Ausschuss für Auftragsvergabebeschwerden weitergeleitet.

4. Wann sollte man sich beschweren?

Beschwerdeführer sollten ihre Beschwerden vor Ablauf der Stillhaltefrist einreichen. Die Bieter werden darauf hingewiesen, dass es unter Umständen nicht mehr möglich ist, die Vergabe rückgängig zu machen, wenn Beschwerden nach Ablauf der Stillhaltefrist eingehen.

C. Verfahren

Wenn bei der Bank eine Beschwerde eingeht, bestätigt sie den Empfang und informiert den Projektträger. Sie wird während des Überprüfungsverfahrens jedoch weder mündlich noch schriftlich mit Bietern über Einzelheiten einer Beschwerde kommunizieren.

- (a) Beschwerden, die eingehen, bevor die Bank ihre Non-Objection-Mitteilung für die Auftragsvergabe ausgestellt hat, bearbeiten die Dienststellen der Bank im Rahmen der üblichen Prüfung der EIB. Die Bank berücksichtigt den Sachverhalt der Beschwerde bei ihrer Entscheidung, ob sie Einwände gegen die Auftragsvergabe geltend macht.

³⁰ Beschwerden anderer Mitglieder der Öffentlichkeit über Handlungen der Bank bearbeitet die Abteilung Beschwerdemechanismus der EIB in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Leitfaden.

- Beschwerden, die nach der Non-Objection-Mitteilung der EIB, aber vor Ablauf der Stillhaltefrist eingehen, werden vom Ausschuss für Auftragsvergabebeschwerden geprüft. Er untersucht, ob die Bank ihre Non-Objection bestätigt oder zurückzieht. Bis der Ausschuss für Auftragsvergabebeschwerden seine Überprüfung abgeschlossen hat, setzt die Bank ihre Non-Objection aus. Die Bank trifft ihre Entscheidung binnen 30 Kalendertagen ab Einreichung der Beschwerde. In komplexen Fällen kann diese Frist auf bis zu 60 Kalendertage verlängert werden.
- Bei Beschwerden, die nach Ablauf der Stillhaltefrist eingereicht werden, kann das Vergabeverfahren nicht mehr geändert werden. Dennoch untersucht der Ausschuss für Auftragsvergabebeschwerden den Fall, um zu entscheiden, ob die Bank ihre Finanzierung für den Auftrag bestätigt oder zurückzieht.

Sobald die Bank eine endgültige Entscheidung getroffen hat, informiert sie den Projektträger. Außerdem schickt die Bank eine begründete Antwort an den Beschwerdeführer.

Leitfaden für die Auftragsvergabe von durch die EIB mitfinanzierten Projekten

